



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN NACH DEM WAHLMARATHON

■ ANALYSE	
Die innenpolitische Lage nach Beendigung des Wahlmarathons	2
Janusz A. Majcherek, Pädagogische Universität in Krakau	
■ STATISTIK	
Das Ergebnis der Präsidentenwahl (zweiter Wahlgang)	7
■ UMFRAGE	
Demografische Zusammensetzung der Wähler	9
■ UMFRAGE	
Einstellungen zur Lage im Land	11
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	13
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 7. Juli – 31. August 2020	16
■ CHRONIK	
7. Juli – 31. August 2020	21

Die innenpolitische Lage nach Beendigung des Wahlmarathons

Janusz A. Majcherek, Pädagogische Universität in Krakau

DOI: 10.31205/PA.260.01

Zusammenfassung

Die im Juni und Juli 2020 stattgefundenen Präsidentenwahlen in Polen, die infolge der Covid-19-Pandemie verlegt worden waren, beendeten einen Wahlmarathon, bei dem die Vertreter für die lokale Selbstverwaltung, die Abgeordneten für das Europäische Parlament, das polnische Parlament (Sejm) und der Präsident der Republik Polen bestimmt wurden. Zwar unterschieden sich jeweils die Ausgangslage und der Einsatz, aber im Grunde entschieden alle Wahlen im Einzelnen sowie auch insgesamt darüber, ob in Polen die im Jahr 1989 begonnene liberale Demokratie Bestand haben wird oder ob sie vom Autoritarismus ersetzt wird, den die seit 2015 selbstständig regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) konsequent anstrebt.

Der Vierkampf und seine Etappen

Summarisch zeigen die Ergebnisse eine starke, fortschreitende Polarisierung der polnischen Gesellschaft in Anhänger des von der *PiS* beschlossenen rechten Autoritarismus und Sympathisanten der Opposition, die sich dem entgegensetzt. Hier spielt die liberale Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) die Hauptrolle.

Da die autoritären Pläne der *PiS* die Schwächung und Entmündigung der lokalen Selbstverwaltung umfassen, initiierte die *PO* vor den Selbstverwaltungswahlen (2018) das Parteienbündnis Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*), an dem sich andere Oppositionsparteien und lokale politische Akteure der Selbstverwaltung beteiligten. Das Ergebnis dieser Wahlen war nicht eindeutig, sondern zeigt den Charakter und das Ausmaß der gesellschaftlichen Spaltung. Dörfer und Kleinstädte sprachen sich für die Kandidaten der *PiS* aus, größere und große Städte für die Vertreter der Opposition. In Warschau besiegte der *PO*-Kandidat Rafał Trzaskowski den *PiS*-Kontrahenten bereits im ersten Wahlgang mit einem vernichtenden Vorsprung und wurde Stadtpräsident der Hauptstadt.

Die Ergebnisse der gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den 16 Woiwodschaftslandtagen (*sejmik*) ergaben ein Unentschieden, aber die Politiker der *PiS* brachten einzelne Vertreter der Opposition oder unabhängige Akteure mit Hilfe von Versprechungen, Erpressung oder Drohungen dazu, die Seite zu wechseln. Dies gelang insbesondere in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie), wo sich ein *KO*-Abgeordneter der *PiS*-Fraktion anschloss und dafür mit dem Posten des Vizemarschalls belohnt wurde. Er ermöglichte damit, die politische Macht über die ganze Woiwodschaft zu übernehmen. Der Mechanismus, nach der Wahl die Macht an sich zu reißen, erwies sich als ständiger Bestandteil der politischen Taktik der *PiS*.

Einen Schatten auf die Selbstverwaltungswahlen legte die Ermordung des Stadtpräsidenten von Danzig

(Gdańsk), Paweł Adamowicz, der wenige Monate nach seiner Wiederwahl getötet wurde. Zwar war der Mörder ein Krimineller, aber während er die tödlichen Messerstiche vollzog, schrie er laut, dass er unter der *PO*-Regierung Unrecht erlitten habe. Hinzu kommt, dass Adamowicz zuvor viele Monate lang aggressiv vom regierungsnahen Fernsehen für seine liberalen Einstellungen angegriffen worden war und u. a. der übermäßigen Betonung der deutschen Vergangenheit Danzigs bezichtigt wurde. Die Organisation und Durchführung einer Hetzjagd auf herausragende Akteure der Opposition vonseiten derjenigen Medien, die der *PiS* untergeordnet oder gewogen sind, ist ein weiterer ständiger Bestandteil der autoritären Neigungen dieser Partei.

Die Nachwahl für das Amt des Danziger Stadtpräsidenten gewann deutlich die bisherige Vizepräsidentin und enge Mitarbeiterin von Adamowicz, Aleksandra Dulkiewicz, die von der gesamten Opposition unterstützt wurde.

Die einige Monate später stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament (Mai 2019) entschied zwar formal nicht über den Charakter und die Struktur der politischen Führung in Polen, sie hatte aber große Bedeutung für die Feststellung des Machtgefüges und seine Ausformung. Da die *PiS* eine europaskeptische Partei und gegen die Vertiefung der europäischen Integration ist, kann das Wahlergebnis auch das Ausmaß der gesellschaftlichen Unterstützung für EU-kritische Standpunkte zeigen.

Auf der Grundlage der Bürgerkoalition wurde die Europäische Koalition (*Koalicja Europejska*) gegründet, die in jedem der 52 Wahlkreise (dies entspricht der Anzahl der polnischen Abgeordneten im Europäischen Parlament) einen vorher vereinbarten gemeinsamen Kandidaten aufstellte. Aber einige Monate vor diesen Wahlen entschied sich der Stadtpräsident von Stolp (Ślupsk), der landesweit bekannte bekennende homosexuelle Aktivist Robert Biedroń, eine neue linke Grup-

pierung (Frühling/*Wiosna*) zu gründen, die sich seiner Absicht nach der fortschreitenden politischen Polarisierung entgegenstellen sollte. Mit ihr holte er ein Ergebnis in Höhe von sechs Prozent, das sind drei Mandate im Parlament, und nahm damit der Opposition die Chance, die *PiS* unter Druck zu setzen (die *PiS* erhielt 27 Mandate, die Europäische Koalition 22; deren Vertreter traten der konservativen Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament bei, einige linke Abgeordnete gingen zur sozialdemokratischen Fraktion). Die im Vergleich zur letzten Europawahl doppelt so hohe Wahlbeteiligung und die fast gleiche Stimmenanzahl für die Kandidaten der *PiS* und die der Opposition zeigen, dass sich die Spaltung vertieft hat und die Konfrontation zwischen dem Regierungslager und der der Opposition immer heftiger wird.

Vor den darauf folgenden Sejmwahlen (Oktober 2019) zerfiel die Opposition. Władysław Kosiniak-Kamysz, der neue und junge Parteiführer der schon lang in der Landbevölkerung verwurzelten Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), stellte fest, dass seine Gruppierung durch die Beteiligung an der links-liberalen Koalition in der konservativen ländlichen Wählerschaft geschwächt werden und diese an die *PiS* verlieren würde, und beschloss, ein eigenes Wahlbündnis zu bilden (zusammen mit der kleinen Partei *Kukiz 15*). Das linke Spektrum wiederum, das seit den letzten Sejmwahlen infolge von Zerfalls- und Auflösungserscheinungen nicht mehr im Parlament vertreten war, vereinigte sich und trat mit einer gemeinsamen Liste an. Ähnlich ging die radikale Rechte vor. Letztendlich starteten vier politische Blöcke für die Parlamentswahlen, was der *PiS*, die im Bündnis der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) antrat, den Sieg erleichterte. Er war allerdings knapp und dem polnischen Wahlrecht geschuldet – fünf Sitze mehr als die erforderliche Mehrheit, wobei in absoluten Zahlen mehr Wähler für die Opposition gestimmt hatten. Die Opposition erzielte einen spektakulären Erfolg für die zweite Parlamentskammer, bei den Senatswahlen. Sie hatte sich auf eine gemeinsame Liste geeinigt und jeweils einen Kandidaten in jedem der 100 Wahlkreise aufgestellt. 51 Sitze konnte sie gewinnen. Auch diese Zahl illustriert das Gleichgewicht der gegnerischen politischen Kräfte.

Der Senat kann die autoritäre Gesetzgebung des von der *PiS* dominierten Sejm aufhalten, er ist aber nicht in der Lage, diesen Prozess zu verhindern. Allerdings hat er Einfluss auf die personelle Besetzung wichtiger staatlicher und öffentlicher Institutionen.

Auch wenn die Eroberung des Senats durch die vereinigte Opposition manch einen ihrer Akteure für die Idee einnahm, sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu einigen, entschieden sich die politischen Gruppierungen doch, jeweils einen eigenen Bewerber

aufzustellen. Als deren Nominierung begann, setzten die SARS-CoV-2-Pandemie und die damit einhergehenden Hygienebeschränkungen ein. Wahlen durchzuführen war unter diesen Bedingungen nicht möglich. Die Opposition rief dazu auf, offiziell den Katastrophenzustand zu verhängen, der automatisch eine Verschiebung der Wahlen bedeutet hätte. Die *PiS* wollte dem aus mindestens zwei Gründen nicht zustimmen. Erstens ist der Katastrophenzustand eine rechtlich regulierte Situation, die die Rechte und Pflichten der Regierung präzise bestimmt; die *PiS* will sich so etwas allerdings nicht unterordnen, sondern ihre vollständige Handlungsfreiheit bewahren. Zweitens hätten die erwarteten spürbaren oder sogar tragischen Folgen der Epidemie die gesellschaftliche Stimmung verschlechtern und die Chancen auf die Wiederwahl von Andrzej Duda verringern können, des *PiS*-Kandidaten, der in enger Verbindung mit der Regierung steht. Folglich galt in der *PiS*, dass die Wahlen durchgeführt werden müssen, bevor die Folgen von Covid-19 auftreten, und nicht verschoben werden sollen. Da es aber unmöglich war, sie in geschlossenen Wahllokalen abzuhalten, entschied man sich für obliquatorische Briefwahl.

Das bedeutete wiederum eine Verletzung des Wahlrechtes, das eine Änderung des Prozederes später als ein halbes Jahr vor der Abstimmung nicht gestattet. Hinzu kam, dass mit dem Prozedere die staatliche Verwaltung beauftragt wurde und nicht die dazu befugte Staatliche Wahlkommission (*Państwowa Komisja Wyborcza – PKW*). Die verbindliche Briefwahl wäre in Polen eine Neuheit gewesen und dazu auch noch in Eile vorbereitet. Die stärkste oppositionelle Kraft, die Bürgerkoalition, rief also zum Boykott der auf diese Weise organisierten Wahlen auf.

Die Präsidentschaftskandidaten der anderen Gruppierungen schlossen sich dem Boykottaufruf allerdings nicht an, denn sie witterten für sich eine Chance nach dem Rückzug der *KO*-Kandidatin. Dies führte zur Zersplitterung der oppositionellen Kräfte. Hinzu kam außerdem, dass sich der Fernsehmoderator und gemäßigte katholische Publizist Szymon Hołownia aufstellen ließ, der sich zum wichtigsten Gegenkandidaten für Duda zu entwickeln begann.

Trotz Rechtsbeugung oder gar Rechtsverletzung war die *PiS* jedoch nicht im Stande, den ersten Wahlgang für den geplanten Termin Anfang Mai zu organisieren, und verschob die beiden Wahlgänge auf Juni und Juli. Daraufhin beschloss die *KO*, ihren Wahlkampf neu zu starten und einen neuen Kandidaten, den Stadtpräsidenten von Warschau, Rafał Trzaskowski, aufzustellen. Sein Eintritt veränderte die Situation vollkommen. Rasch avancierte er zum Hauptvertreter der Opposition und erhielt im ersten Wahlgang über 30 Prozent der Stimmen, während seine Gegner aus der Opposition (darun-

ter Biedroń aus dem linken Spektrum und Kosiniak-Kamysz aus dem gemäßigt konservativen Lager) eine Niederlage erlitten. Nur Hołownia mit einem Ergebnis von knapp 14 Prozent und der Vertreter der extremen Rechten Krzysztof Bosak mit sechs Prozent hatten vor dem zweiten Wahlgang noch eine gewisse Bedeutung. Ersterer unterstützte, wenn auch ungern, Trzaskowski, letzterer verhielt sich neutral. Die überwiegende Mehrheit der Wähler, die zuerst einen anderen Kandidaten als Duda gewählt hatten, stimmte nun für seinen Herausforderer. Wieder einmal trat eine deutliche Polarisierung mit ausgeglichener Stimmenverteilung zutage. Die Wahlbeteiligung war mit 68,18 Prozent hoch, aber Duda gewann mit einem minimalen Vorsprung vor Trzaskowski (51 zu 49 Prozent).

Autoritäre Bedrohung

Mit der Legitimation vonseiten der Wähler für ihre Regierung ausgestattet und durch das Präsidentenamt zusätzlich abgesichert, trat die *PiS* eine weitere Etappe an, ihr Projekt des autoritären Staates zu realisieren. Es umfasst die Übernahme bzw. Neutralisierung der privaten Medien, die Entmündigung der lokalen Selbstverwaltung (insbesondere der großstädtischen, von der Opposition besetzten), die Marginalisierung von Nichtregierungsorganisationen und die Unterordnung von wissenschaftlichen Institutionen.

Die privaten Medien werden wahrscheinlich von öffentlichen Fonds bzw. durch Gesellschaften des Staatschatzes aufgekauft werden (nach ungarischem Muster). Ihre bisherigen Besitzer werden ein Angebot erhalten, dass sie nicht ablehnen können: Verkauf für großes Geld oder Schikane vonseiten der staatlichen Verwaltung (angefangen von der Kündigung der Werbung für staatliche Gesellschaften und der Bekanntmachungen staatlicher Institutionen). Am schwierigsten wird sicherlich die Übernahme des größten und einflussreichsten Fernsehsenders, *TVN*, der zum mächtigen US-amerikanischen Konzern *Discovery* gehört. Die schon früher an den Sender (bzw. die Mediengruppe) gerichtete Kritik und Schelte von Funktionären des Regierungslagers riefen den Protest der US-amerikanischen Botschafterin hervor. Der Haken liegt darin, dass sich das Hauptinformationsprogramm *TVN24* nicht vollständig in das thematische Profil von *Discovery* einfügt – es kam zufällig dazu, als die ganze Mediengruppe gekauft wurde. Es kann also sein, dass es nicht allzu sehr vor dem Verkauf an einen bereitgestellten Käufer verteidigt werden wird, der mit staatlichen Geldern um sich werfen wird.

Die lokale Selbstverwaltung ist mit dem Modell des zentralistischen Nationalstaates, das die *PiS* forciert, nicht vereinbar. Sie wird schikaniert (werden), indem ihre Kompetenzen und Mittel zur Bewältigung verschiedener Aufgaben beschnitten werden. Der Rück-

gang der Einnahmen infolge des »Lockdowns« vieler lokaler Unternehmen wegen der Corona-Pandemie schwächt die lokalen Behörden der Selbstverwaltung noch zusätzlich.

Die Abrechnung mit den Nichtregierungsorganisationen (NGO) wird vermutlich nach dem russisch-ungarischen Muster stattfinden werden. NGOs, die über ausländische Gelder verfügen, werden gezwungen werden, sich als »ausländische Agenturen« registrieren zu lassen, und die Landesmittel werden ihnen gekürzt werden, das heißt, dass die Gelder an folgsame, der politischen Macht untergeordnete bzw. mit ihr kooperierende Organisationen geleitet werden. Es gibt bereits aktive radikal-konservative und rechtsextreme Verbände, insbesondere mit nationalistisch-katholischem Profil, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Private Sponsoren werden mit angedrohten Schikanen verschreckt, Organisationen zu unterstützen, die vom Regierungslager missbilligt werden.

Am schwierigsten ist es, die Methoden zur Unterordnung der Universitäten und Hochschulen vorherzusehen. Manche wissenschaftlichen Einrichtungen werden bereits damit gequält, dass ihnen die Mittel gestrichen werden, auch werden neue gegründet, die der politischen Führung der *PiS* untergeordnet sind und mit deren Parteigängern besetzt werden. Dies betrifft insbesondere Institutionen im Bereich Geschichte, die wiederum von der Geschichtspolitik vereinnahmt werden und ein nationalistisches Narrativ der Geschichte Polens ausarbeiten und verbreiten sollen. In dieser Absicht wurden auch Museen (zum Beispiel das Museum des Zweiten Weltkrieges) unter die Kontrolle der *PiS*-Funktionäre gestellt.

Das Regierungslager wirft den Universitäten vor, den Studierenden antinationale, unpatriotische, linke, liberale und kosmopolitische Ansichten und Haltungen zu vermitteln. Manch einer erklärt damit die geringe Unterstützung für Andrzej Duda in der akademischen Jugend und ruft dazu auf, Änderungen in ihrer Ausbildung vorzunehmen.

Polen bewegt sich in Richtung Autoritarismus im Sinne eines elektoralen Autoritarismus, das heißt eines Systems, in dem es eine Opposition gibt, die an den Wahlen zwar teilnimmt, aber keine Chance hat, sie zu gewinnen. Die Wahlen dienen der Legitimation der Regierung, die ihre Macht willkürlich und nicht kontrolliert durch die dominierende Partei ausübt. Solche Modelle funktionieren in Russland, der Türkei und in Ungarn. Das polnische Spezifikum besteht darin, dass das tatsächliche Oberhaupt, das die alleinige Aufsicht über alle ihm untergeordneten staatlichen Institutionen ausübt, das heißt *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński, selbst nur ein einfacher Abgeordneter ist. Das eigentliche Zentrum der willkürlichen und unkontrollierten Macht liegt also außerhalb ihrer offiziellen Institutionen.

Die Quelle der gesellschaftlichen Unterstützung für die PiS

Die mehrfachen Wahlsiege der *PiS* erfordern eine Erklärung, umso mehr als die autoritäre, nationalistische, klerikale, fremdenfeindliche und homophobe Partei große Unterstützung von einer Gesellschaft erfährt, die diese Eigenschaften und Neigungen nicht in diesem Maße zeigt. Hinzu kommt, dass Journalisten unabhängiger Medien und Akteure der Opposition eine Vielzahl von Fällen des Machtmissbrauchs, Affären, Skandalen, Betrügereien und Veruntreuungen der Politiker des Regierungslagers und ihnen nahe stehender Personen aufgedeckt haben.

Der Sieg der *PiS* bei den Parlamentswahlen 2015 sowie ihres Repräsentanten bei den Präsidentenwahlen im selben Jahr interpretierten manche Beobachter als Ergebnis der Unwissenheit und fehlenden Kenntnis über die tatsächlichen Absichten und politischen Konzepte Jarosław Kaczyńskis, der das gesamte politische Lager führt. Zwar war er früher schon einmal Ministerpräsident gewesen (und sein Zwillingsbruder Präsident), aber damals (2005–2007) hatte die *PiS* nicht die absolute Mehrheit innegehabt und hatten verschiedene Exzesse als Ergebnis der Handlungen der Koalitionspartner verstanden werden können. Die späteren Wahlerfolge lassen sich allerdings nur zum Teil mit der Desorientierung eines Teils der *PiS*-Wähler erklären. Die Erklärung gilt für diejenigen, die einen beschränkten Zugang zu Information über öffentliche Angelegenheiten haben oder sich nur geringfügig für diese interessieren. Sie sind Opfer der geballten Propaganda, die von den öffentlichen Medien, das heißt den staatlichen Fernseh- und Radiosendern, ausgeübt wird. Diese Medien sind vollständig der regierenden Partei untergeordnet und betreiben eine aufdringliche Agitation zu ihren Gunsten ebenso wie sie die Kreise und Politiker der Opposition systematisch diskreditieren. Manche, die die Volksrepublik Polen erlebt haben, vergleichen die Methoden und den Stil der aktuellen Regierungpropaganda mit der des kommunistischen Systems. Mitbürger mit niedriger Bildungsstufe und aus der tiefen Provinz sind jedoch zugänglich für diese Formen und Inhalte. Sie stellen einen wesentlichen Teil der *PiS*-Wählerschaft, der sich am deutlichsten zu der Partei bekennt. Sie sind sich nicht vollständig der ideologischen Handlungsgrundlagen der Partei und ihrer Aktivisten und auch nicht des Ausmaßes der Affären und Skandale mit ihrer Beteiligung bewusst, denn darüber informieren die öffentlichen Medien freilich nicht. Diese Wähler stimmen also für die *PiS*, weil sie ein verzerrtes, einseitiges und idealisiertes Bild der Partei und ihres politischen Lagers haben sowie ein geschwärztes, schiefes und extrem nachteiliges Bild der *PiS*-Opponenten.

Die übrigen Wähler haben mehr oder weniger Kenntnis von den ideologischen Voraussetzungen für

das Handeln dieses politischen Lagers sowie vom Machtmissbrauch seiner Akteure, finden aber, dass andere Eigenschaften von Vorteil sind.

Die erste Gruppe dieser Wählerschaft weiß die Sozialprogramme zu schätzen, die in einem vorher nicht gekannten Ausmaß in Gang gesetzt wurden. Die regierende *PiS* wirft mit öffentlichen Geldern um sich, die sie begleitet von propagandistischer Begeisterung verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere Rentnern und kinderreichen Familien, zukommen lässt. Fast sprichwörtlich wurde eine treuherzige Äußerung eines Nutznießers dieser Sozialprogramme, der in einer Untersuchung zu der Bewertung der Regierung kam: »Kann sein, dass sie klauen, aber sie teilen mit uns«. Hier zeigt sich also die Zustimmung dieser Wählergruppe zum Modell des Mafiastaates, der sich bereits in Ungarn etabliert hat und in einem Buch von Bálint Magyar beschrieben wird, das in polnischer Übersetzung unter dem Titel »Ungarn: Anatomie eines Mafiastaates: Erwartet Polen eine solche Zukunft?« (*Węgrzy: anatomia państwa mafijnego: czy taka przyszłość czeka Polskę?*) erschienen ist. Die Verletzung der Regeln der Rechtsstaatlichkeit und den Machtmissbrauch der Regierung rechtfertigt dieser Wählertyp mit der Sorge um die materielle Existenz der »einfachen Leute«. Dies geht einher mit einer elitenfeindlichen Haltung, die charakteristisch für die polnische und auch andere Versionen des Populismus ist.

Die zweite Gruppe der besser orientierten *PiS*-Wähler sieht den entscheidenden Vorteil des Regierungslagers in seiner Verbundenheit mit der Tradition, den konservativen gesellschaftlichen Einstellungen, der Pflege der herkömmlichen, insbesondere der religiös geprägten, Lebensformen. Damit geht ein antimoderner Trend einher, vor allem was sittliche Fragen, die Rechte der LGBT, die gesellschaftliche Stellung der Frau, die Erziehung der Kinder, betrifft. Der sittliche und kulturelle Konservatismus wird in der Propaganda der *PiS* stark herausgestellt sowie auch in den Aktivitäten der katholischen Kirche und der mit ihr verbundenen Organisationen. Ausdruck dessen sind die von lokalen, *PiS*-dominierten Selbstverwaltungen ausgerufenen »LGBT-ideologiefreien-Zonen«. Die offizielle Propaganda verkündet, dass die nicht heterosexuellen Milieus eine eigene Ideologie verbreiten, gar einen ideologischen Krieg führen. Hier liegt eine für das Regierungslager typische Bedeutungsumkehrung vor: Den Gegnern werden die eigenen Charakteristika zugeschrieben, in diesem Falle die Ideologisierung bestimmter Aspekte des Lebens.

Die Eigenschaften und Bestandteile der *PiS*-Ideologie führen zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft unter drei Parametern: Bildung, Wohnort und Alter. Die statistische Wahrscheinlichkeit sieht folgendermaßen aus: Je niedriger der Bildungsabschluss, je

kleiner der Wohnort und je älter der Betreffende, desto stärker ist die Unterstützung für die *PiS*. Und umgekehrt vereinigt die Wählerschaft der Opposition folglich die Komponenten Großstadt, Mittelklasse, junge Menschen und mindestens Abitur. In den größten Städten hat Trzaskowski zwischen 60 und über 70 Prozent der Stimmen erhalten.

Dies führt auch zu einer geographischen Teilung entlang der West-Ost-Achse, die mit dem Grad der Urbanisierung verknüpft ist. Die schwach urbanisierten östlichen Woiwodschaften sind Hochburgen der *PiS*, die westlichen das Rückgrat der Opposition. Die größte Unterstützung erhält das Regierungslager in der südöstlichen Region Vorkarpaten (województwo podkarpackie), die vom niedrigsten Urbanisierungsgrad und dem höchsten Anteil an Landbevölkerung gekennzeichnet ist.

Die Lage der Opposition

Die Opposition in Polen steht vor der Notwendigkeit, ihre eigene Wirksamkeit erhöhen zu müssen, wenn sie sich dem Autoritarismus entgegen stellt. Da sie im Ansatz pluralistisch ist, hat sie entsprechend ein Problem damit, sich zu konsolidieren oder auch nur ihre Aktivitäten zu koordinieren. Dies kann sich allerdings als notwendige Bedingung dafür erweisen, dass sie zumindest Teilerfolge bei der Verteidigung vor der autoritären Gefahr erzielt. Gegenwärtig ist die Opposition eher in der Phase, die verschiedenen politischen Milieus zu konsolidieren. Darüber hinaus treten Konflikte und Reibereien in Bezug auf die Analyse der Niederlage bei der Präsidentschaftswahl auf. Das Lager von Trzaskowski beschuldigt die übrigen Kandidaten der Opposition, ihn im zweiten Wahlgang nicht ausreichend unterstützt zu haben. Die Anhänger der anderen Kandidaten werfen Trzaskowski und seinen Leuten Fehler im Wahlkampf vor. Der wachsende autoritäre Druck könnte die ausdifferenzierten oppositionellen Gruppierungen zur Zusammenarbeit zwingen, unter der Gefahr, dass manche dabei zunichte gehen.

Dringend erwarten liberal-demokratische Milieus auch ein größeres zivilgesellschaftliches Engagement. Die Pandemie hat die Möglichkeit von Kundgebungen und Demonstrationen beschränkt. Allerdings waren es schon vor Ausbruch von Covid-19 weniger als in den Jahren 2016/17. In den gegen den Autoritarismus eingestellten Teilen der Gesellschaft ist deutlich eine Entmutigung angesichts der Misserfolge zu sehen. Spontane Initiativen wie das Komitee zur Verteidigung der Demokratie (*Komitet Obrony Demokracji – KOD*) oder die Bürger der Republik Polen (*Obywatele RP*) verblasen. Ihre Aktivitäten sind nur noch wenig sichtbar, ihre Aufrufe ziehen ein immer schwächeres Echo nach sich.

Vergleichsweise am aktivsten sind die Frauenorganisationen, die gegen den Versuch protestieren, das Abtrei-

bungsrecht zu verschärfen (ultrarechte Milieus bemühen sich um die Einführung eines vollständigen Abtreibungsverbots), sowie gegen den Versuch, das »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«, die sogenannte Istanbul-Konvention, vonseiten Polens aufzukündigen (der Antrag in dieser Angelegenheit ging von der radikalen Fraktion im Regierungslager aus; der Ministerpräsident hat ihn an das Verfassungstribunal weitergeleitet, das beurteilen soll, ob die Konvention die polnische Verfassung verletzt).

Rafał Trzaskowski versucht, seine Wähler im Format einer noch nicht näher bestimmten Bürgerbewegung zu aktivieren. In dem Wunsch, an die Tradition der großen antikommunistischen Bewegung anzuknüpfen, schlug er am 40. Jahrestag der Entstehung der *Solidarność* den Namen »Neue *Solidarność*« (*Nowa Solidarność*) vor (die gegenwärtig bestehende *Solidarność*, eine Gewerkschaft von einigen Hunderttausend Mitgliedern, unterstützt die *PiS*).

Den Versuch, seine Wähler zu organisieren, unternahm auch Szymon Hołownia. Er ließ den Verband Polen 2050 (*Polska 2050*) registrieren, der sowohl einen Think Tank als auch problemorientierte Basisarbeit umfassen soll.

Angesichts der in Richtung Autoritarismus strebenden *PiS* richten die zunehmend vom Regierungslager schikanierten oppositionellen Milieus ihren Blick hoffnungsvoll auf ausländische und internationale Institutionen. Wenn es sie auch dem Vorwurf des Verrats aussetzt, erwarten sie dringend die Hilfe von außen, um die autoritären Trends in der polnischen Politik aufzuhalten.

Hier spielt der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine positive Rolle, der bereits Urteile verkündete, die konkrete Entscheidungen der *PiS* infrage stellen, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Gerichte. Der mit Nominieren der Regierungspartei besetzte Landesjustizrat (*Krajowa Rada Sądownictwa – KRS*), der anstelle des zuvor aufgelösten eingesetzt wurde, wurde aus dem *European Network of Councils for the Judiciary (ENCJ)* ausgeschlossen; den Antrag hatte die *European Association of Judges* gestellt. Unlängst verweigerte die EU-Kommissarin für Gleichberechtigung, Helena Dalli, Zuwendungen für einige polnische Gemeinden, die sich zu LGBT-ideologiefreien-Zonen erklärt hatten. Der Aufbau-Fonds, auf den sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Juli zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie geeinigt haben, sieht vor, die Hilfszahlungen von der Einhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit im betreffenden EU-Mitgliedsland abhängig zu machen. Das Europäische Parlament fordert eine rigorose Anwendung dieses Prinzips. Der französische Minister für Europäische Angelegenhei-

ten unterstützte diese Haltung im Namen Frankreichs. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, kündigte an, die Auszahlungen des zukünftigen EU-Haushaltes von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit abhängig zu machen.

Die Politik Deutschlands angesichts der autoritären Gefahr in Polen

Die polnischen oppositionellen Milieus fassen die bisherige offizielle Politik der deutschen Regierung angesichts der autoritären Gefahr in Polen so auf, dass sie abwartete, bis die *PiS* ihre Regierungsverantwortung verliert. Nach der Serie von Wahlsiegen und vor dem Hintergrund, dass in den kommenden drei Jahren keine Wahlen in Polen stattfinden werden, ist diese Politik nun nicht mehr angemessen. Nach weiteren drei Jahren *PiS*-Regierung gibt es für die polnische Demokratie möglicherweise nichts mehr zu retten (was der Fall Ungarns nahelegen würde).

Auf der anderen Seite gilt es zu beachten, dass kritische Äußerungen vonseiten Deutschlands an die polnische Regierung und ihre Politik von den Funktionären ausgenutzt werden, um die ohnehin schon antideutsche Propaganda zu verstärken. Allerdings kann die Regie-

rung Deutschlands die polnischen Machthaber und Institutionen auch nicht als vollkommen demokratisch behandeln und mit ihnen normale Beziehungen unterhalten, denn die Mehrheit von ihnen zeigt jetzt schon ein autokratisches Gesicht und entsprechend sollten sie auch von ihren EU-Partnern behandelt werden.

Insbesondere die Institutionen der Europäischen Union können am besten und effektivsten Druck auf das polnische Machtzentrum ausüben. Daher können und sollten die politischen Akteure in Deutschland mit Hilfe der europäischen Institutionen die Politik gegenüber den betreffenden polnischen Organen gestalten.

Eine eigene, aber bedeutende Rolle haben auch Nichtregierungsorganisationen und Institutionen außerhalb der offiziellen Sphäre.

Weder die regierenden noch die außerhalb der Regierung stehenden Akteure in Deutschland sollten angesichts der von der Regierungsmannschaft in Polen autoritären Politik gleichgültig bleiben, die gegen den Willen der Hälfte der Bevölkerung zunehmend brutal geführt wird.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

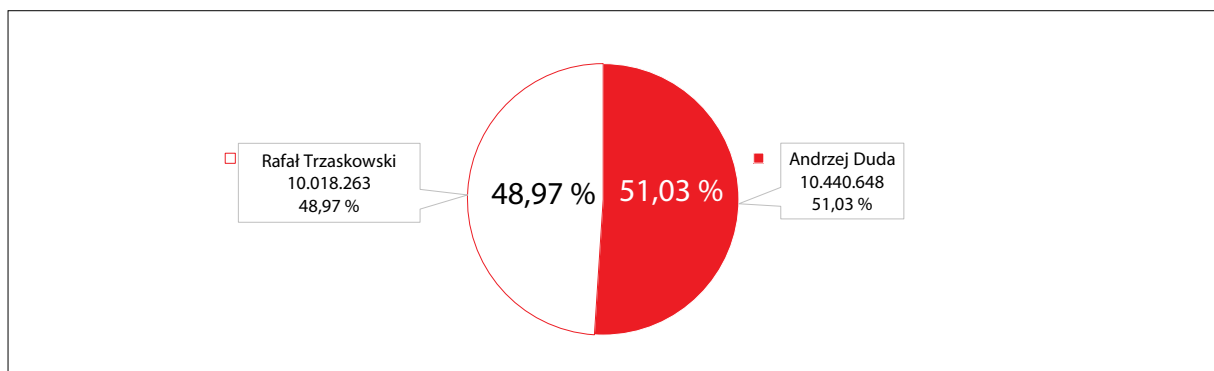
Über den Autor

Prof. Janusz A. Majcherek ist Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie der Pädagogischen Universität in Krakau (Uniwersytet Pedagogiczny w Krakowie) und Publizist und Kommentator des politischen Geschehens in Polen. Er arbeitet mit der Zeitschrift »Przegląd Polityczny« und dem Deutsch-Polnischen Magazin »Dialog« zusammen und schreibt wöchentliche Kommentare für das Internetportal »Interia.pl«.

STATISTIK

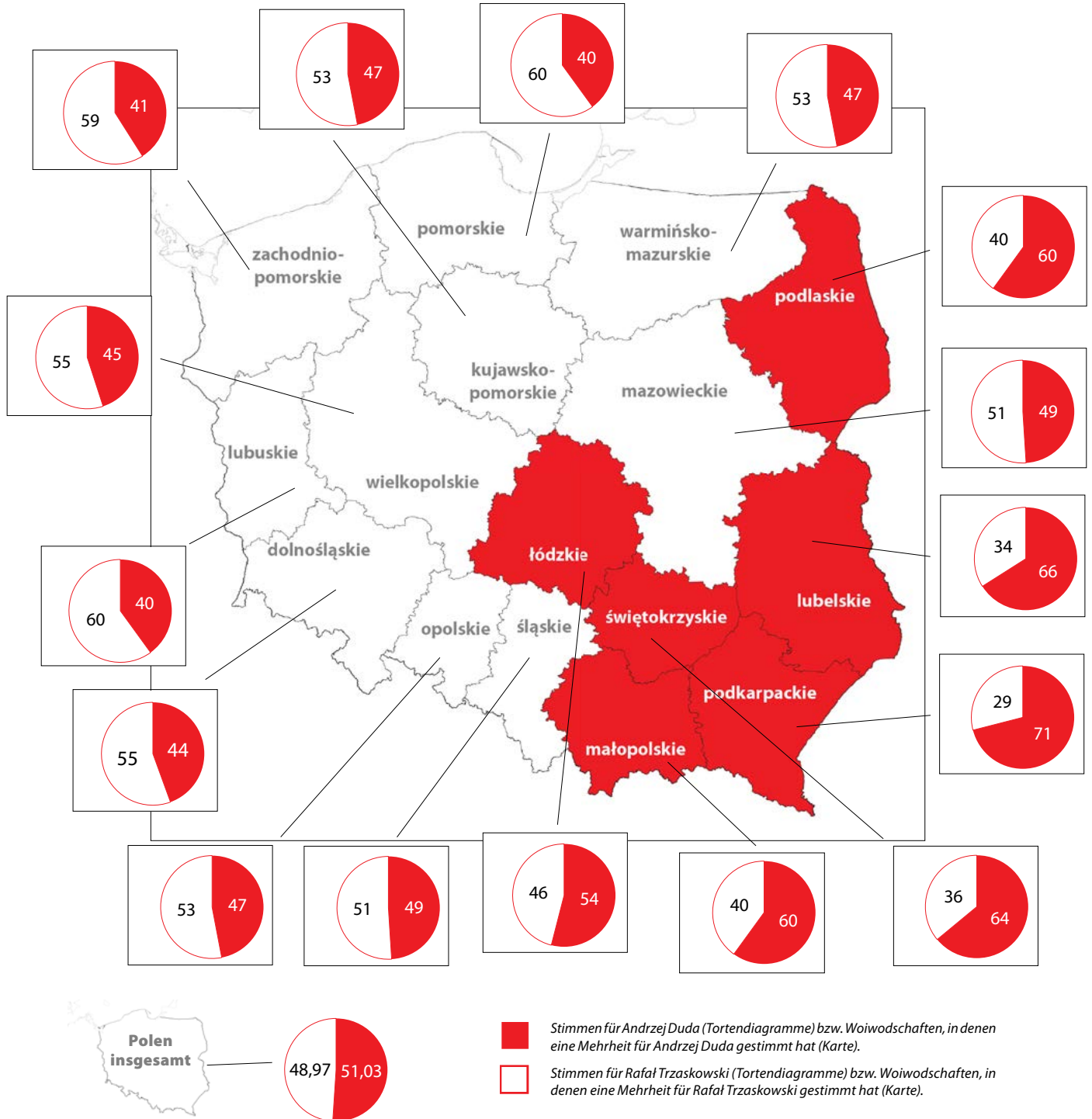
Das Ergebnis der Präsidentenwahl (zweiter Wahlgang)

Grafik 1: Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der Präsidentenwahlen am 12.07.2020 (Stimmen und Stimmenanteile)



Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission].

Grafik 2: Die Stimmenverteilung nach Woiwodschaften bei der Präsidentenwahl 2020, zweiter Wahlgang (%)



województwo/Woiwodschaft:

dolnośląskie: Niederschlesien; kujawsko-pomorskie: Kujawien-Pommern; łódzkie: Lodz; lubelskie: Lublin; lubuskie: Lebuser Land; małopolskie: Kleinpolen; mazowieckie: Masowien; opolskie: Oppeln; podkarpackie: Vorkarpaten; podlaskie: Podlachien; pomorskie: Pommern; śląskie: Schlesien; świętokrzyskie: Heiligkreuz; warmińsko-mazurskie: Ermland-Masuren; wielkopolskie: Großpolen; zachodnio-pomorskie: Westpommern.

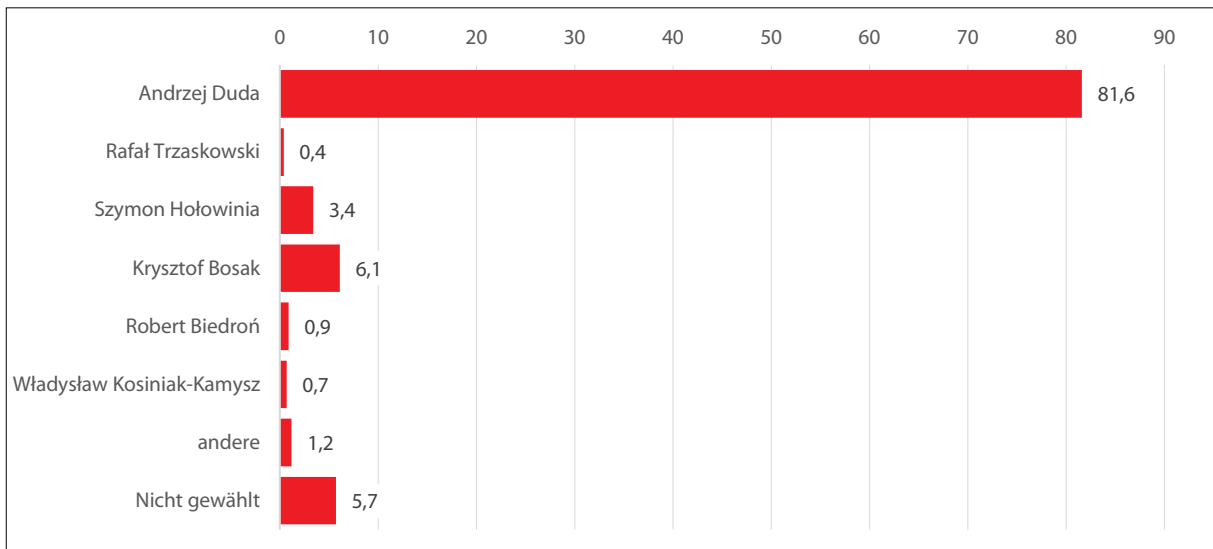
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission].

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org>, <http://polygons.openstreetmap.fr/index.py> und http://geonode.iwlearn.org/layers/geonode:seavox_sea_area_polygons

UMFRAGE

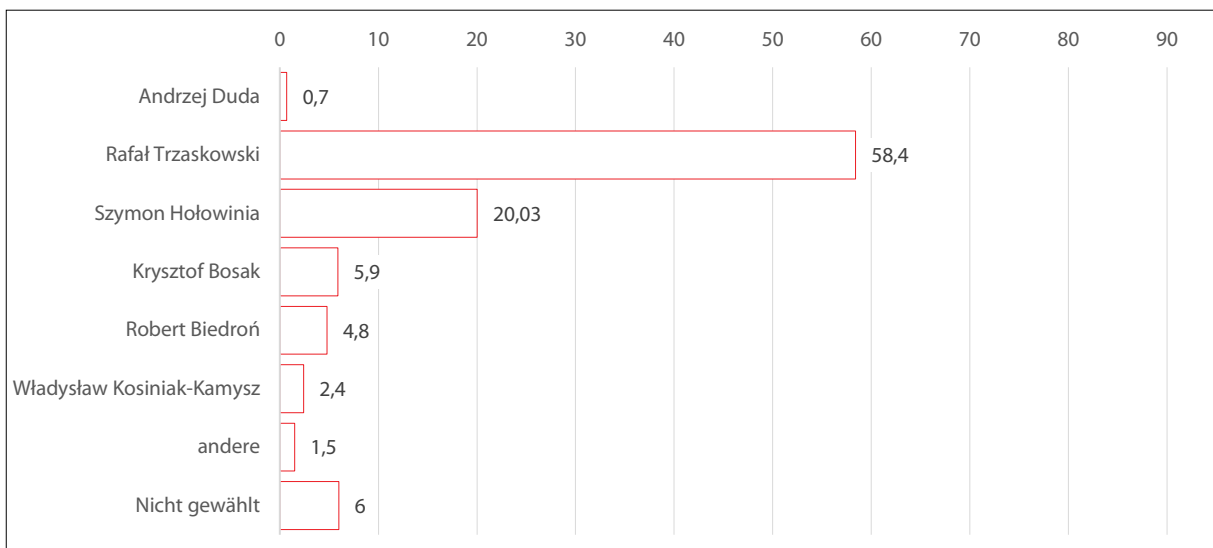
Demografische Zusammensetzung der Wähler

Grafik 1a: Wählerwanderung: Stimmen für Andrzej Duda von Wählern, die im ersten Wahlgang für ... gestimmt haben (%)



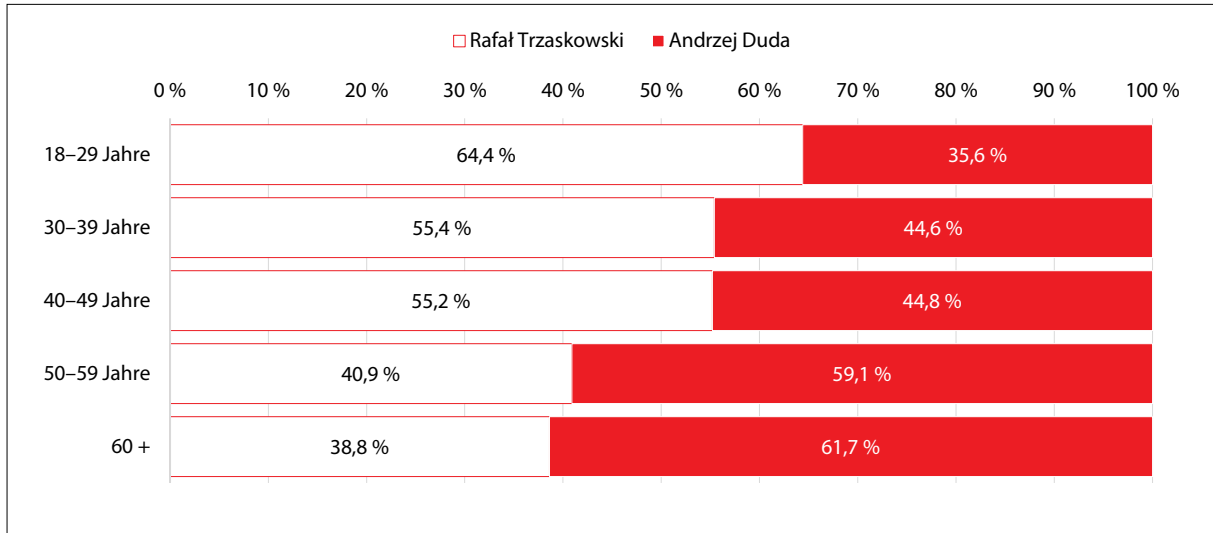
Quelle: IPSOS

Grafik 1b: Wählerwanderung: Stimmen für Rafał Trzaskowski von Wählern, die im ersten Wahlgang für ... gestimmt haben (%)



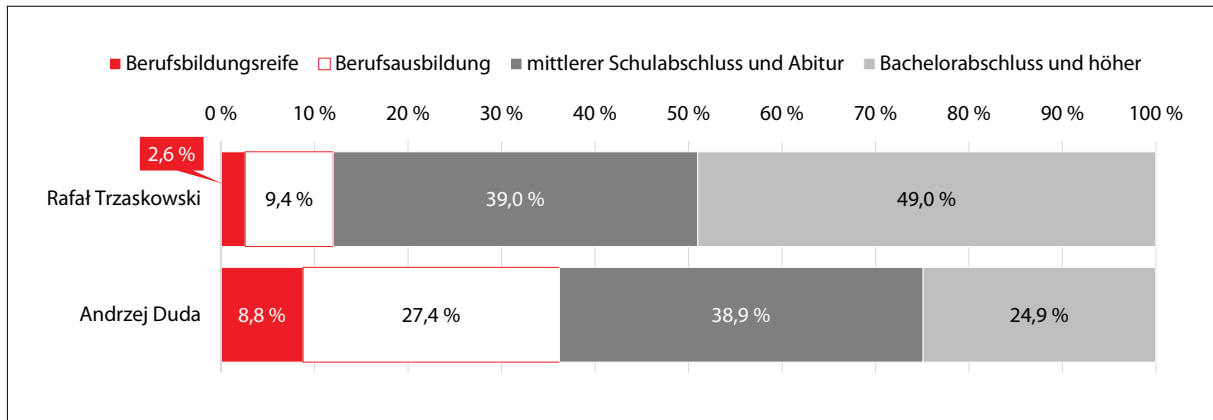
Quelle: IPSOS

Grafik 2: Präsidentschaftswahlen, zweiter Wahlgang: das Alter der Wähler von... (%)



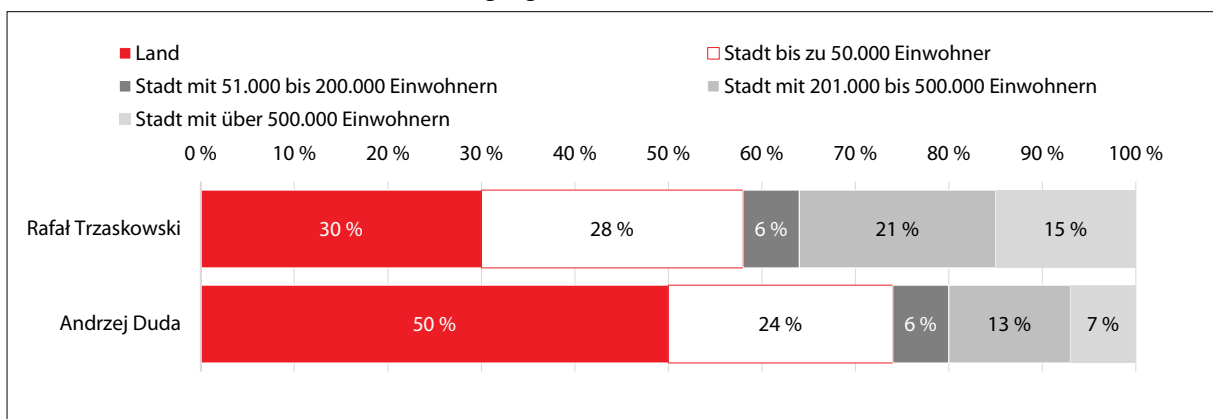
Quelle: IPSOS

Grafik 3: Präsidentschaftswahlen, zweiter Wahlgang: die Ausbildung der Wähler von... (%)



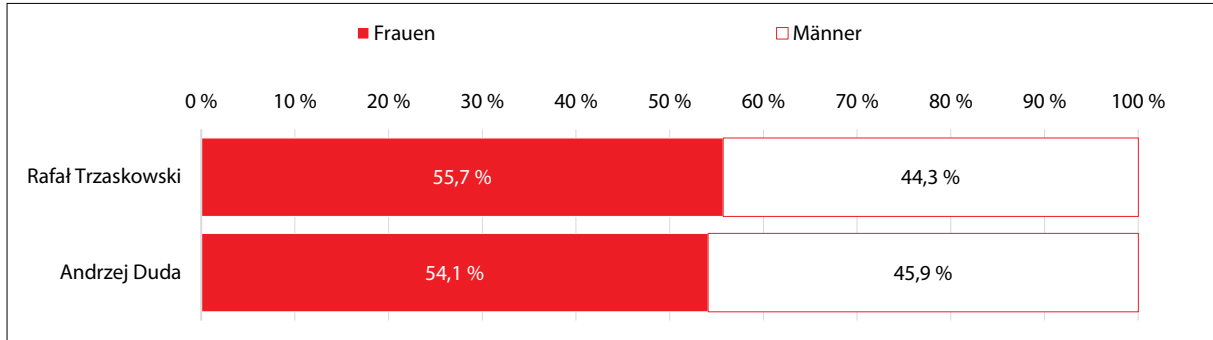
Quelle: IPSOS

Grafik 4: Präsidentschaftswahlen, zweiter Wahlgang: der Wohnort der Wähler von... (%)



Quelle: IPSOS

Grafik 5: Präsidentschaftswahlen, zweiter Wahlgang: das Geschlecht der Wähler von... (%)

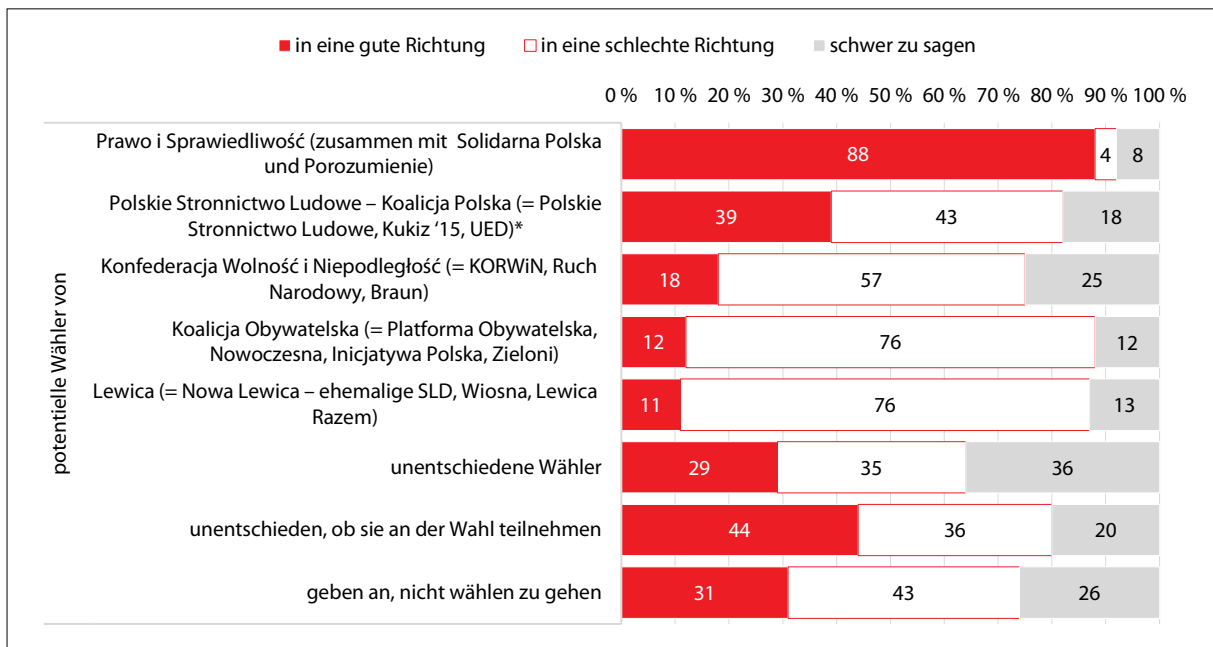


Quelle: IPSOS

UMFRAGE

Einstellungen zur Lage im Land

Grafik 1: Geht die Situation in unserem Land im Allgemeinen in eine gute oder eine schlechte Richtung? (%)

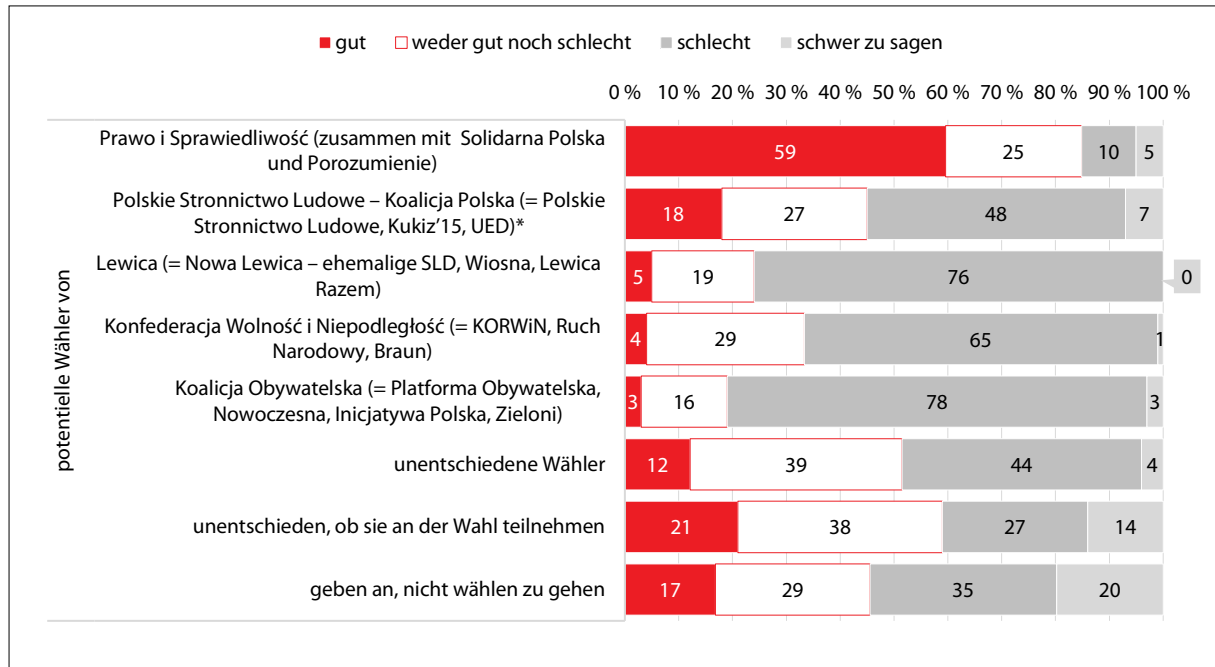


* diese Angaben gehen auf eine nur geringe Anzahl von Befragten zurück

Prawo i Sprawiedliwość – PiS/ Recht und Gerechtigkeit; Solidarna Polska/Solidarisches Polen; Porozumienie/Verständigung; Polskie Stronnictwo Ludowe – Koalicja Polska/Polnische Koalition (= Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL/Polnische Bauernpartei; Kukiz '15; Unia Europejskich Demokratów – UED/Union Europäischer Demokraten); Konfederacja Wolność i Niepodległość/Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (= Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – KORWiN/ Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; Ruch Narodowy/Nationale Bewegung; Braun); Koalicja Obywatelska – KO/Bürgerkoalition (= Platforma Obywatelska – PO/Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne; Inicjatywa Polska/Polnische Initiative; Zieloni/Die Grünen); Lewica/Die Linke (= Nowa Lewica/Die Neue Linke – ehemalige Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD/Demokratische Linksallianz; Wiosna/Frühling; Lewica Razem/Linke Gemeinsam)

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 93/2020: Nastroje społeczne w pierwszej dekadzie lipca [Die gesellschaftliche Stimmung in den ersten zehn Tagen des Juli]. Warszawa 07/2020. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie bewerten Sie im Allgemeinen die politische Situation in Polen? (%)

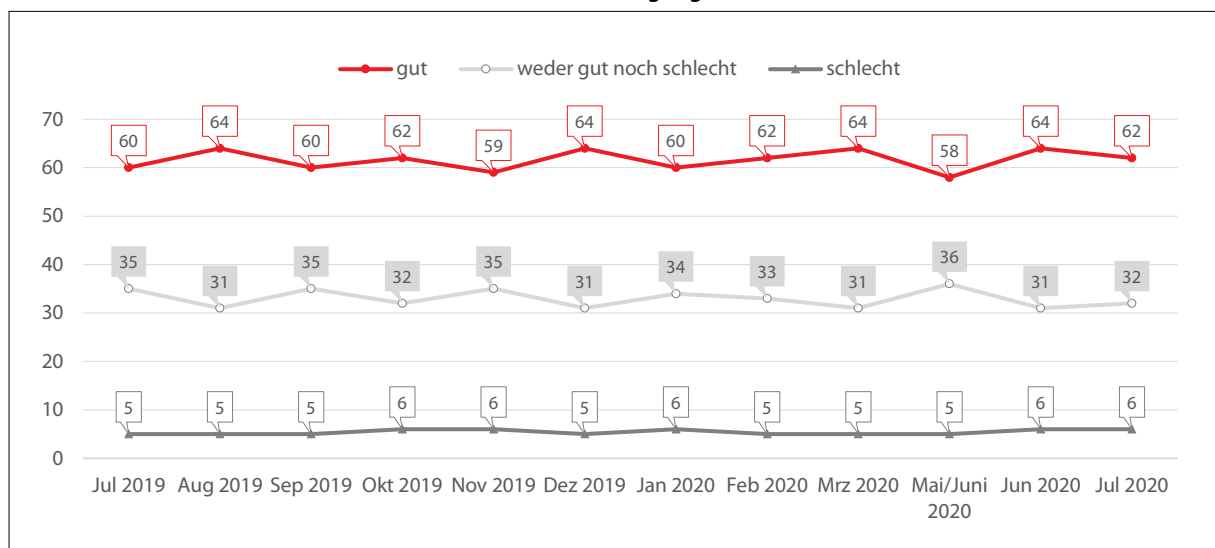


* diese Angaben gehen auf eine nur geringe Anzahl von Befragten zurück

Prawo i Sprawiedliwość – PiS/ Recht und Gerechtigkeit; Solidarna Polska/Solidarisches Polen; Porozumienie/Verständigung; Polskie Stronnictwo Ludowe – Koalicja Polska/Polnische Koalition (= Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL/Polnische Bauernpartei; Kukiz '15; Unia Europejskich Demokratów – UED/Union Europäischer Demokraten); Konfederacja Wolność i Niepodległość/Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (= Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – KORWiN/ Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; Ruch Narodowy/Nationale Bewegung; Braun); Koalicja Obywatelska – KO/Bürgerkoalition (= Platforma Obywatelska – PO/Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne; Inicjatywa Polska/Polnische Initiative; Zieloni/Die Grünen); Lewica/Die Linke (= Nowa Lewica/Die Neue Linke – ehemalige Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD/Demokratische Linksallianz; Wiosna/Frühling; Lewica Razem/Linke Gemeinsam)

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 93/2020: Nastroje społeczne w pierwszej dekadzie lipca [Die gesellschaftliche Stimmung in den ersten zehn Tagen des Juli]. Warszawa 07/2020. www.cbos.pl

Grafik 3: Wie bewerten Sie die aktuellen materiellen Bedingungen Ihres Haushaltes? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 93/2020: Nastroje społeczne w pierwszej dekadzie lipca [Die gesellschaftliche Stimmung in den ersten zehn Tagen des Juli]. Warszawa 07/2020. www.cbos.pl

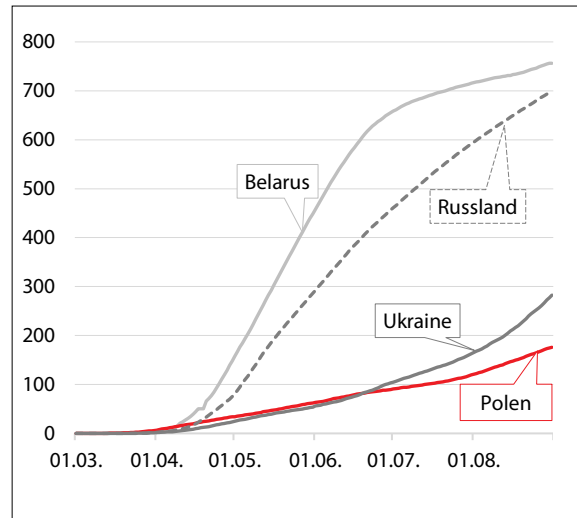
STATISTIK

Covid-19 in Polen

Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (7. Juli – 31. August 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
07.07.	64.003	36.412	693.215	50.622
08.07.	64.224	36.689	699.749	51.457
09.07.	64.411	36.951	706.240	52.285
10.07.	64.604	37.216	712.863	53.116
11.07.	64.767	37.521	719.449	53.941
12.07.	64.932	37.891	726.036	54.647
13.07.	65.114	38.190	732.547	55.285
14.07.	65.269	38.457	738.787	55.931
15.07.	65.443	38.721	745.197	56.779
16.07.	65.623	39.054	751.612	57.640
17.07.	65.782	39.407	758.001	58.466
18.07.	65.953	39.746	764.215	59.333
19.07.	66.095	40.104	770.311	60.077
20.07.	66.213	40.383	776.212	60.767
21.07.	66.348	40.782	782.040	61.454
22.07.	66.521	41.162	787.890	62.295
23.07.	66.688	41.580	793.720	63.169
24.07.	66.846	42.038	799.499	64.173
25.07.	67.002	42.622	805.332	65.317
26.07.	67.132	43.065	811.073	66.261
27.07.	67.251	43.402	816.680	67.096
28.07.	67.366	43.904	822.060	68.030
29.07.	67.518	44.416	827.509	69.078
30.07.	67.665	45.031	832.993	70.300
31.07.	67.808	45.688	838.461	71.404
01.08.	67.946	46.346	843.890	72.609
02.08.	68.067	46.894	849.277	73.761
03.08.	68.166	47.469	854.641	74.781
04.08.	68.250	48.149	859.762	75.880
05.08.	68.376	48.789	864.948	77.169
06.08.	68.503	49.515	870.187	78.515
07.08.	68.614	50.324	875.378	80.018
08.08.	68.738	51.167	880.563	81.534
09.08.	68.850	51.791	885.718	82.767
10.08.	68.947	52.410	890.799	83.812
11.08.	69.005	52.961	895.691	85.023
12.08.	69.102	53.676	900.745	86.504
13.08.	69.203	54.487	905.762	88.136

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 31. August 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
14.08.	69.308	55.319	910.778	89.917
15.08.	69.308	56.090	915.808	91.795
16.08.	69.516	56.684	920.719	93.490
17.08.	69.589	57.279	925.558	95.007
18.08.	69.673	57.876	930.276	96.653
19.08.	69.801	58.611	935.066	98.658
20.08.	69.950	59.378	939.833	100.810
21.08.	70.111	60.281	944.671	102.948
22.08.	70.285	61.181	949.531	105.337
23.08.	70.468	61.762	954.328	107.379
24.08.	70.645	62.310	959.016	109.234
25.08.	70.727	63.073	963.655	110.949
26.08.	70.974	63.802	968.297	112.653
27.08.	71.165	64.689	972.972	114.663
28.08.	71.346	65.480	977.730	117.172
29.08.	71.523	66.239	982.573	119.751
30.08.	71.687	66.870	987.470	121.930
31.08.	71.687	67.372	992.402	124.132

Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17, für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15, für die Zahlen vom 02.–15.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 14 und für die Zahlen vom 16.06.–06.07.2020 siehe Polen-Analysen 259, S. 14.

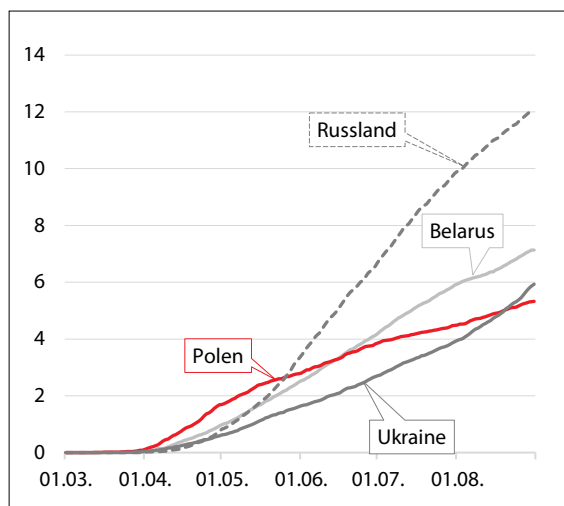
Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.08.2020. 12:28 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (7. Juli – 31. August 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
07.07.	436	1.528	10.478	1.299
08.07.	443	1.542	10.650	1.323
09.07.	449	1.551	10.826	1.344
10.07.	454	1.562	11.000	1.362
11.07.	459	1.568	11.188	1.389
12.07.	464	1.571	11.318	1.400
13.07.	468	1.576	11.422	1.415
14.07.	474	1.588	11.597	1.429
15.07.	480	1.594	11.753	1.444
16.07.	485	1.605	11.920	1.462
17.07.	491	1.612	12.106	1.473
18.07.	495	1.618	12.228	1.496
19.07.	499	1.624	12.323	1.504
20.07.	503	1.627	12.408	1.517
21.07.	507	1.636	12.561	1.537
22.07.	513	1.642	12.726	1.553
23.07.	519	1.651	12.873	1.570
24.07.	524	1.655	13.026	1.591
25.07.	530	1.664	13.172	1.610
26.07.	534	1.671	13.249	1.625
27.07.	538	1.676	13.334	1.636
28.07.	543	1.682	13.483	1.650
29.07.	548	1.694	13.650	1.673
30.07.	553	1.709	13.778	1.697
31.07.	559	1.716	13.939	1.717
01.08.	563	1.721	14.034	1.733
02.08.	567	1.731	14.104	1.749
03.08.	571	1.732	14.183	1.762
04.08.	574	1.738	14.327	1.788
05.08.	577	1.756	14.465	1.813
06.08.	580	1.774	14.579	1.846
07.08.	583	1.787	14.698	1.879
08.08.	585	1.800	14.827	1.906
09.08.	587	1.807	14.903	1.925
10.08.	589	1.809	14.973	1.950
11.08.	592	1.821	15.103	1.979
12.08.	595	1.830	15.231	1.999

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 31. August 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
13.08.	599	1.844	15.353	2.023
14.08.	603	1.858	15.467	2.042
15.08.	603	1.869	15.585	2.076
16.08.	610	1.877	15.653	2.100
17.08.	613	1.885	15.707	2.122
18.08.	617	1.896	15.836	2.152
19.08.	622	1.913	15.951	2.182
20.08.	627	1.925	16.058	2.225
21.08.	632	1.938	16.148	2.248
22.08.	637	1.951	16.268	2.286
23.08.	642	1.955	16.341	2.313
24.08.	646	1.960	16.406	2.335
25.08.	652	1.977	16.524	2.362
26.08.	657	1.994	16.638	2.399
27.08.	662	2.010	16.758	2.449
28.08.	667	2.018	16.866	2.499
29.08.	671	2.032	16.977	2.540
30.08.	676	2.033	17.045	2.575
31.08.	676	2.039	17.128	2.605

Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17, für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15, für die Zahlen vom 02.–15.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 15 und für die Zahlen vom 16.06.–06.07.2020 siehe Polen-Analysen 259, S. 14.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

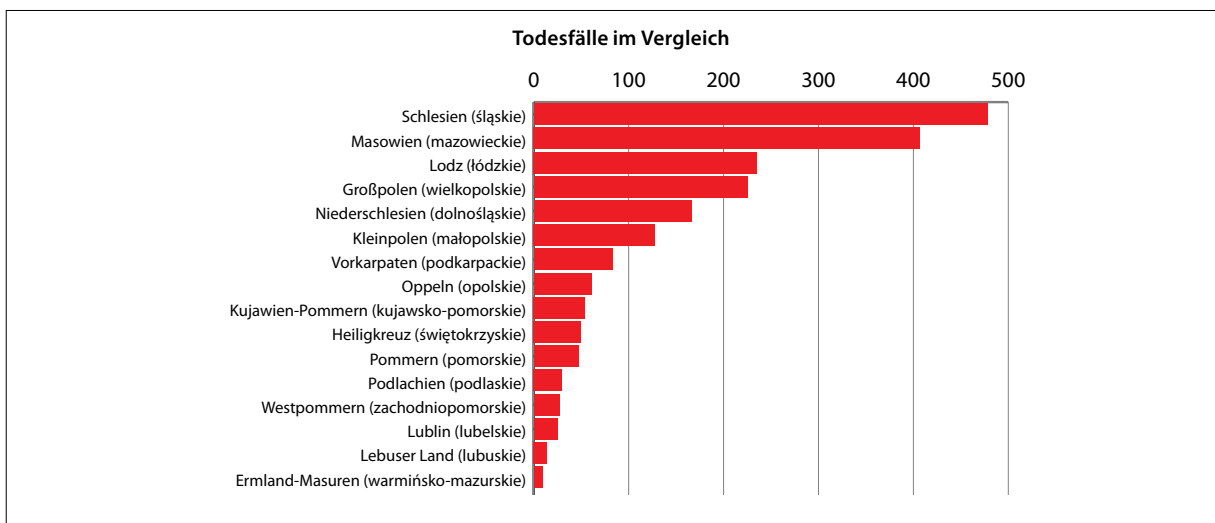
Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.08.2020. 12:28 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (31. August 2020, 10.13 Uhr)



Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Schlesien (śląskie)	20.494	478
Masowien (mazowieckie)	9.370	407
Kleinpolen (małopolskie)	7.488	128
Großpolen (wielkopolskie)	5.699	225
Lodz (łódzkie)	5.295	235
Niederschlesien (dolnośląskie)	4.059	166
Pommern (pomorskie)	2.544	47
Vorkarpaten (podkarpackie)	2.435	83
Oppeln (opolskie)	1.630	61

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Lublin (lubelskie)	1.587	25
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	1.427	50
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	1.333	54
Podlachien (podlaskie)	1.299	30
Westpommern (zachodniopomorskie)	1.125	27
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	890	9
Lebuser Land (lubuskie)	697	14



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], <https://www.gov.pl/web/koronawirus/wykaz-zarazen-koronawirusem-sars-cov-2> (abgerufen am 31.08.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 7. Juli – 31. August 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
07.07.2020	36.412/1.528	In einem Interview für die Tageszeitung »Rzeczpospolita« sagt Gesundheitsminister Łukasz Szumowski, es sei keine Entschädigung im Falle einer Ansteckung mit dem Coronavirus bei der Stimmabgabe für die Präsidentenwahl vorgesehen. Für die Stimmabgabe seien Hygienemaßnahmen und Schutzmaßnahmen insbesondere für Ältere, Schwangere und Menschen mit Behinderung getroffen worden. Der Gang zur Wahl sei weniger gefährlich als einkaufen gehen.
08.07.2020	36.689/ 1.542	
09.07.2020	36951/ 1551	Das Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik teilt mit, dass das zusätzliche Betreuungsgeld für Familien um zwei Wochen bis zum 26. Juli 2020 verlängert wird. Der Zuschuss wurde infolge der Corona-Epidemie für Familien eingerichtet, wenn die Betreuungseinrichtung wegen des Coronavirus geschlossen ist bzw. wenn die Eltern entscheiden, ihr Kind wegen der herrschenden Epidemie nicht in die Betreuungseinrichtung zu schicken.
10.07.2020	37216/1562	Ab dem heutigen Tag müssen diejenigen, die aus Polen nach Großbritannien einreisen, keine zweiwöchige Quarantäne mehr einhalten.
11.07.2020	37521/1568	Das Sicherheitszentrum der Regierung (Rządowe Centrum Bezpieczeństwa – RCB) versendet eine SMS-Nachricht mit dem Hinweis, dass bei dem am Folgetag stattfindenden zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen Wähler über 60 Jahre, Schwangere und behinderte Menschen Vorrang bei der Stimmabgabe haben. Dies legt die Verordnungsnovelle des Gesundheitsministeriums vom 7. Juli zu Corona-Schutzmaßnahmen für den zweiten Wahlgang fest.
12.07.2020	37891/1571	
13.07.2020	38190/1576	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski teilt mit, dass künftig nicht mehr täglich Pressekonferenzen des Gesundheitsministeriums zur aktuellen Situation der Corona-Epidemie durchgeführt werden. Die Zahl der Infizierten sei beständig gesunken und die Entwicklung der Gesundheitslage positiv.
14.07.2020	38457/1588	
15.07.2020	38721/1594	
16.07.2020	39054/1605	
17.07.2020	39407/1612	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski gibt bekannt, dass aktuell Expertengruppen im Gesundheitsministerium und in jeder Woiwodschaft aufgerufen sind, Strategien für eine mögliche zweite Corona-Infektionswelle im Herbst zu entwickeln, insbesondere was die Aufnahme von Patienten in Krankenhäusern und die Durchführung von deutlich mehr Tests betrifft.
17.07.2020		Die Wirtschaftskammer des Polnischen Hotelwesens teilt mit, dass Anfang Juli mehr als 90 % der Hotels in Polen ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben, die sie aufgrund der Corona-Pandemie hatten einstellen müssen. Jedes zweite Hotel gab nun eine Auslastung von unter 30 % an.
18.07.2020	39746/1618	
19.07.2020	40104/1624	
20.07.2020	40383/1627	
21.07.2020	40782/1636	Bildungsminister Dariusz Piontkowski teilt mit, es würden aktuell Vorschriften erarbeitet, um den stationären Unterricht in den Schulen nach den Sommerferien (ab dem 1. September) zu ermöglichen. Infolge des Ausbruches der Corona-Epidemie wurde das letzte Schulhalbjahr auf Fernunterricht umgestellt.
22.07.2020	41162/1642	
23.07.2020	41580/1651	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
24.07.2020	42038/ 1655	Ab dem heutigen Tag gelten neue Kontrollvorschriften für Investitionen. Der Präsident der Behörde für den Schutz der Konkurrenz und der Verbraucher (Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów) kann Einspruch gegen Investitionen in Unternehmen mit Schlüsselbedeutung für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit einlegen. Die Vorschriften sind Teil des Antikrisenschildes zur Bewältigung der Corona-Epidemie.
25.07.2020	42622/1664	Ab dem heutigen Tag gelten Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen. Der einzuhaltende Abstand zwischen Personen wird von 2 m auf 1,5 m reduziert. Auf Sportplätzen, in Sporthallen etc. dürfen die Hälfte der Zuschauerplätze besetzt werden. In Frei- und Hallenbädern gilt keine Begrenzung der Anzahl der Schwimmer, in Aquaparks gilt eine Belegung von max. 75 %. Die Teilnehmerbegrenzung von 150 Personen bei Messen, Kongressen und Konferenzen wird aufgehoben, pro Person müssen 2,5 m ² eingeplant werden (vorher 4 m ²). Verschärfungen können bei steigenden Infektionszahlen in den Kreisen wieder eingeführt werden.
26.07.2020	43065/1671	
27.07.2020	43402/1676	
28.07.2020	43904/1682	Die Europäische Kommission billigt ein Unterstützungsprogramm der Regierung für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind. Es beläuft sich auf 545 Mio. Zloty (123 Mio. Euro) und umfasst Reduzierungen und Befreiungen bei Mieten und Pacht für Immobilien der öffentlichen Hand, die zur Durchführung der wirtschaftlichen Tätigkeit genutzt werden.
29.07.2020	44416/1694	Die Regierung beschließt, dass Programm zur Entwicklung der ländlichen Gebiete 2020–2024 für einmalige Zuschüsse für Landwirte einzusetzen, die aufgrund der Corona-Pandemie hohe finanzielle Verluste erlitten haben. Auf diese Weise soll die Tätigkeit der Betriebe aufrechterhalten werden. Dafür werden 273,4 Mio. Zloty bereitgestellt.
30.07.2020	45031/1709	Der Pressesprecher des Hauptgesundheitsamtes (Główna Inspekcja Sanitarna), Jan Bondar, sagt in einem Radiointerview, dass ein Verkäufer das Recht hat, einem Kunden ohne Mund-Nasen-Bedeckung den Einkauf zu verwehren.
31.07.2020	45688/1716	Der Pressesprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, sagt, es sei eine hohe Corona-Infektionszahl auch für die kommenden Tage zu erwarten. Nach aktuellen Angaben des Ministeriums gibt es 657 neue Infektionsfälle, das ist die höchste Anzahl seit dem Ausbruch von Covid-19. Corona-Hotspots sind Bergwerke in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie), Krankenhäuser und private Feiern in der Woiwodschaft Masowien (woj. mazowieckie) und Unternehmen in der Woiwodschaft Kleinpolen (woj. małopolskie).
31.07.2020		Gesundheitsminister Łukasz Szumowski gibt bekannt, dass Polen zu den sieben EU-Mitgliedern gehört, die mit dem Gesundheitsunternehmen Sanofi einen Vorvertrag über den Kauf eines Impfstoffes gegen Covid-19 ausgehandelt haben. Es handele sich dabei um 300 Mio. Impfgaben für die EU.
01.08.2020	46346/1721	
02.08.2020	46894/1731	Die Ukraine verhängt eine zweiwöchige Quarantäne für Personen, die aus Polen einreisen. Ausgenommen sind Kinder unter zwölf Jahren, der Transitverkehr (für die Dauer von max. 48 Stunden), Fahrer und Belegschaften von Waren- und Personenverkehr, Angehörige des diplomatischen Dienstes und der Nato sowie Kulturschaffende, die auf Einladung in die Ukraine einreisen.
03.08.2020	47469/1732	Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) teilt mit, dass sie bei Sejmarschallin Elżbieta Witek die sofortige Einberufung des parlamentarischen Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Jugend beantragt hat, um Bildungsminister Dariusz Piontkowski zu der Wiederaufnahme des Unterrichts nach den Sommerferien am 1. September vor dem Hintergrund der herrschenden Corona-Epidemie zu befragen. Am selben Tag gab Regierungssprecher Piotr Müller in einem Radiointerview bekannt, dass das Bildungsministerium und das Hauptgesundheitsamt (Główna Inspekcja Sanitarna) in der vergangenen Woche Handreichungen für Schulen ausgearbeitet hätten.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
04.08.2020	48149/1738	
05.08.2020	48789/1756	Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass aufgrund der Covid-19-Epidemie und des erhöhten Infektionsrisikos keine Militärparade aus Anlass des 100. Jahrestages der Schlacht von Warschau stattfinden wird. Bisher hätten die Paraden jährlich ca. 200.000 Besucher angezogen. Die übrigen geplanten Feiern sollen durchgeführt werden.
06.08.2020	49515/1774	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski kündigt auf einer Pressekonferenz an, dass ab dem 8. August in Gebieten mit hohen Covid-19-Infektionszahlen verschärfte Corona-Schutzmaßnahmen (u. a. Abstandsregeln und ggf. Verbot von Veranstaltungen) in zwei Stufen (»gelbes« und »rotes« Niveau) eingeführt werden können. Aktuell werde dies 19 Kreise und Städte mit Kreisrecht in Polen (von 314 Kreisen und 66 Städten mit Kreisrecht) betreffen.
07.08.2020	50324/1787	Entwicklungsministerin Jadwiga Emilewicz sagt, die Schließung von Geschäften und Betrieben sei auch in den Gebieten mit erhöhtem Infektionsgeschehen nicht geplant. Für die »gelben« bzw. »roten« Zonen, die ab dem 8. August ausgerufen werden können, gelten aber verschärfte Hygiene- und Abstandsregeln und können Veranstaltungen verboten werden.
08.08.2020	51167/1800	Die Regierung beschließt, dass in Kreisen mit erhöhten Corona-Infektionszahlen (»gelbe« und »rote Stufe«) verschärfte Hygienekonzepte für die Bereiche Großveranstaltungen (Kongresse u. ä.), Sport, kulturelle Veranstaltungen, Gastronomie, Reha-Zentren, Hochzeiten und öffentlicher Personenverkehr gelten bzw. Veranstaltungen verboten werden.
08.08.2020		Ab diesem Tag gelten für insgesamt 19 Kreise und Städte mit Kreisrecht in Polen (von 314 Kreisen und 66 Städten mit Kreisrecht) mit den höchsten Anstiegen der Infektionszahlen verschärfte Corona-Schutzmaßnahmen (»rote« bzw. »gelbe« Zone) zur Eindämmung des Infektionsgeschehens.
08.08.2020		Der Pressesprecher des Hauptgesundheitsamtes (Główna Inspekcja Sanitarna), Jan Bondar, gibt bekannt, dass ab diesem Tag die Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen kontrolliert wird. Dies betrifft sowohl Arbeitsplätze, als auch Geschäfte, Restaurants, private Feiern usw. Dazu können die Inspektoren auch die Polizei hinzuziehen, so Bondar. Er erinnert daran, dass bei Verstoß eine Strafe bis zu 30.000 Zloty verhängt werden kann.
09.08.2020	51791/1807	
10.08.2020	52410/1809	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski mahnt die Bevölkerung zur Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen. Die aktuellen Covid-19-Hotspots seien durch Familienfeiern, Veranstaltungen oder die Vernachlässigung der Maskenpflicht hervorgerufen worden. Seit dem 8. August gelten in insgesamt 19 Kreisen und Städten mit Kreisrecht in Polen (von 314 Kreisen und 66 Städten mit Kreisrecht) verschärfte Corona-Schutzmaßnahmen (»rote« bzw. »gelbe« Zone) zur Eindämmung des Infektionsgeschehens.
11.08.2020	52961/1821	Die Staatsanwaltschaft nimmt Untersuchungen im Falle des Kaufes von Beatmungsgeräten auf. Das Gesundheitsministerium hat bei der Firma E & K 1.200 Geräte bestellt, aber nur 200 erhalten und auch die Vorauszahlung nicht erstattet bekommen. Vize-Gesundheitsminister Janusz Cieczyński sagt, das Ministerium stehe mit dem Lieferanten in Kontakt, der zurzeit keine Möglichkeit der Rückzahlung sehe.
12.08.2020	53676/1830	Ab dem heutigen Tag bis zum 25. August gilt ein Landeverbot für Flugzeuge aus 44 Staaten, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Zu den Ländern gehören mehrheitlich außereuropäische Länder (USA, Russland u. a.) aber auch die europäischen Staaten Luxemburg, Bosnien Herzegowina und Montenegro.
13.08.2020	54487/1844	Ab dem heutigen Tag können Landwirte finanzielle Unterstützung beantragen, wenn ihrem Betrieb Zahlungsunfähigkeit wegen der Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie droht. Zusammen mit den Hilfszahlungen für Schäden aufgrund von extremen Wetterereignissen im Jahr 2019 stehen 400 Mio. Zloty zur Verfügung.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
14.08.2020	55319/1858	Das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) veröffentlicht aktuelle vorläufige Wirtschaftsdaten zum zweiten Quartal 2020, d. h. der Phase, in der die Restriktionen aufgrund der Corona-Pandemie bisher am stärksten waren. Das Bruttoinlandsprodukt (nicht saisonbereinigt) sank um 8,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und um 8,9 % im Vergleich zum ersten Quartal 2020, als die Pandemie in Europa sichtbar zu werden begann.
14.08.2020		Der parlamentarische Ausschuss für Öffentliche Finanzen nimmt in erster Lesung eine Gesetzesnovelle an, deren Bestandteil auch ist, dass »derjenige keine Straftat begeht, der mit dem Ziel der Bekämpfung von Covid-19 seine Dienstpflichten oder geltende Vorschriften verletzt, wenn er im gesellschaftlichen Interesse handelt und ohne die Verletzung der Pflichten und Vorschriften die betreffende Handlung nicht möglich bzw. wesentlich erschwert gewesen wäre«. Für die Novelle stimmen 26 Parlamentarier und 21 sind dagegen.
14.08.2020		Der Sejm beschließt mit 430 Stimmen (keine Gegenstimme, eine Enthaltung) eine Gesetzesnovelle zur Unterstützung von Künstlern und Institutionen im Bereich Theater, Musik und Tanz. Künstler können finanzielle Hilfe in Form von Sozialhilfe beantragen. Selbstverwaltete Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen sowie Unternehmer im Bereich Theater, Musik und Tanz können Unterstützung in Höhe von 40 bzw. 50 % der Einnahmen für den Zeitraum vom 12. März bis zum 31. Dezember 2020 beantragen. Die Berechnungsgrundlage ist der Vorjahreszeitraum.
15.08.2020	56090/1869	
16.08.2020	56684/1877	In Warschau protestieren mehrere Hundert Personen in der Nähe des Sejm-Gebäudes gegen die infolge der Corona-Pandemie eingeführten Beschränkungen. Diese seien nicht verfassungskonform, rechtswidrig und ein Eingriff in die persönlichen Freiheiten.
17.08.2020	57279/1885	
18.08.2020	57876/1896	Bildungsminister Dariusz Piontkowski weist die Forderung der Polnischen Lehrgewerkschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP) nach obligatorischen Corona-Tests für Lehrer zurück. Dies sei die Einstellung einer »totalen Opposition«. Lehrer und Schüler müssten zweimal täglich getestet werden, was unrealistisch sei.
19.08.2020	58611/1913	Der scheidende Gesundheitsminister Łukasz Szumowski teilt mit, dass in seinem Ressort zurzeit Empfehlungen für den Herbst ausgearbeitet werden, wenn eine Verschärfung der Covid-19-Pandemie erwartet wird und gleichzeitig die Grippe auftritt. Diese beinhalten die Erstellung von Fragebögen für das Patientengespräch zur Unterscheidung der beiden Krankheiten und dass der Hausarzt eine größere Rolle bei der Diagnose spielt. Außerdem soll das Netz der Testzentren ausgebaut werden und die Anzahl der durchgeführten Tests pro 24 Stunden auf 60.000 erhöht werden.
20.08.2020	59378/1925	Der stellvertretende Gesundheitsminister Waldemar Kraska teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass der Schulbetrieb nach den Sommerferien regulär am 1. September wieder aufgenommen wird. Es soll den Schuldirektoren und lokalen Gesundheitsämtern überlassen werden, ob sie abhängig vom Infektionsgeschehen vor Ort Präsenz- oder Fernunterricht oder eine Mischform abhalten.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
21.08.2020	60281/1938	Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) fordert den neuen Gesundheitsminister, Adama Niedzielski, auf, die Fälle von Missmanagement seines Vorgängers Łukasz Szumowski in einem Audit aufzuklären. Die KO-Abgeordneten Michał Szczerba und Dariusz Joński legen eine Liste mit erklärungsbedürftigen Punkten vor. U. a. geht es um eine Bestellung von Beatmungsgeräten mit Hilfe eines Waffenhändlers, für die das Gesundheitsministerium in Vorkasse ging, die es jedoch nicht erhalten hat. Außerdem geht es um den Kauf von ca. 150.000 Corona-Tests in Südkorea, produziert in China, für ca. 15 Mio. US-Dollar, wobei die Wirksamkeit der Tests in Zweifel stehe.
21.08.2020		Mit Blick auf den Schulbeginn am 1. September rufen Bildungsminister Dariusz Piontkowski und Jarosław Pinkas, Leiter des Hauptgesundheitsamtes (Główna Inspekcja Sanitarna), in einem Brief an die Eltern von Schulkindern dazu auf, die App ProteGO Safe auf den Smartphones zu installieren, die über den Kontakt mit Covid-19-Infizierten informiert. Dies könne das Risiko der Verbreitung des Coronavirus reduzieren. Die vom Digitalisierungsministerium in Auftrag gegebene, von polnischen Firmen entwickelte App bietet außer den Informationen über Risikokontakte auch die Möglichkeit, den eigenen Gesundheitszustand zu kontrollieren.
22.08.2020	61181/1951	
23.08.2020	61762/1955	
24.08.2020	62310/1960	Der Fraktionsvorsitzende der Linken (Lewica), Krzysztof Gawkowski, ruft die Regierung dazu auf, die Treffen der Koalition und der Opposition wieder aufzunehmen, um über den Stand der Corona-Epidemie in Polen zu informieren und über Maßnahmen zu beraten. Die Linke werde am selben Tag einen Brief in dieser Angelegenheit an Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Gesundheitsminister Adam Niedzielski richten. Die vom Ministerpräsidenten einberufene Krisengruppe tage hinter verschlossenen Türen und die Gesellschaft, die Politik und die Selbstverwaltung seien über den aktuellen Epidemieverlauf nicht informiert.
25.08.2020	63073/1977	
26.08.2020	63802/1994	Ab dem heutigen Tag gilt auf Veranlassung des Ministerrates eine erweiterte Liste von Ländern, für die ein Landeverbot für Zivilflüge auf polnischen Flughäfen besteht. Dies betrifft 38, u. a. außereuropäische Staaten, aber auch Serbien, Bosnien Herzegowina und Montenegro. Das Verbot gilt bis zum 1. September.
27.08.2020	64689/2010	Bildungsminister Dariusz Piontkowski bekräftigt auf einer Pressekonferenz, dass in den Schulen keine allgemeine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung besteht. Die Schuldirektoren können vor Ort über die Anwendung dieser Maßnahme entscheiden.
28.08.2020	65480/2018	Bildungsminister Dariusz Piontkowski stellt auf einer Pressekonferenz die Corona-Schutzmaßnahmen vor, die mit Beginn des neuen Schuljahres ab dem 1. September gelten. Nach mehrmonatigem Fernunterricht (seit März) wird der Präsenzunterricht wieder aufgenommen. Tritt ein Corona-Infektionsfall auf bzw. mehrere, entscheidet das Gesundheitsamt, wie viele Personen sich in Quarantäne begeben müssen. Während der Quarantäne wird Fernunterricht durchgeführt. Befinden sich Lehrer in Quarantäne, können sie, abhängig von ihrem Gesundheitszustand, den Fernunterricht übernehmen. Im Extremfall sei der Fernunterricht für die gesamte Schule vorgesehen. Nach Auffassung des Bildungsministeriums liege die Entscheidung über den Schulbeginn beim Gesundheitsministerium und dem Gesundheitsamt, daher hätte die Selbstverwaltung keine Möglichkeit, selbständig darüber zu entscheiden.
29.08.2020	66239/2032	Der Kinderrechtsbeauftragte der Regierung, Mikołaj Pawlak, appelliert an Bildungsminister Dariusz Piontkowski, die Vorschriften des obligatorischen Präsenzunterrichts im neuen Schuljahr (ab 1. September) dahin gehend zu verändern, dass ein Kind, das einer Risikogruppe angehört oder dessen Familienmitglieder zu einer Risikogruppe gehören, das Recht hat, in Abstimmung mit dem Schuldirektor Fernunterricht in Anspruch zu nehmen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
30.08.2020	66870/2033	Bildungsminister Dariusz Piontkowski sagt in einem Radiointerview, dass in den »gelben« bzw. »roten« Zonen, in denen ein erhöhtes Corona-Infektionsgeschehen herrscht, chronisch kranke Schüler mit der Zustimmung des Schuldirektors Fernunterricht erhalten können, um das Risiko einer Covid-19-Ansteckung zu reduzieren. Am Vortag hat der Kinderrechtsbeauftragte der Regierung, Mikołaj Pawlak, Piontkowski aufgerufen, chronisch kranken Kindern generell das Recht auf Fernunterricht einzuräumen.
31.08.2020	67372/2039	Die Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS) teilt mit, dass Eltern ein zusätzliches Betreuungsgeld für die Zeit vom 1. bis zum 20. September beantragen können für den Fall, dass die Betreuungseinrichtung aufgrund der Corona-Epidemie schließt. Das betreute Kind darf höchstens acht Jahre alt sein.

* Daten der Johns-Hopkins-University Stand: 31.08.2020. 12:28 Uhr MESZ

CHRONIK

7. Juli – 31. August 2020

07.07.2020	Die Sprecherin der Kreisstaatsanwaltschaft in Warschau, Mirosława Chyr, teilt mit, dass der Verband Marsch der Unabhängigkeit (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) keine totalitären Methoden und Praktiken anwende und nicht als rassistisch und nationalistisch zu bewerten sei. Vielmehr werbe der Verband für eine patriotische Haltung. Daher sei der Antrag auf ein Verbot abgelehnt worden. Den Antrag haben die Abgeordneten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Sławomir Nitras und Monika Wielichowska nach dem Unabhängigkeitsmarsch am 11. November 2017 in Warschau gestellt, auf dem u. a. Plakate mit Aufschriften wie »Alle verschieden, alle weiß«, »Europa wird weiß sein oder menschenleer«, und »Weißes Europa brüderlicher Nationen« gezeigt worden waren.
08.07.2020	Präsident Andrzej Duda schlägt den Parteien der Polnischen Koalition (Koalicja Polska) und der Konföderation (Konfederacja) ein Treffen nach dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen am 12. Juli vor, um über eine »Koalition für die polnischen Angelegenheiten« zu sprechen. Zu diesen würden zum Beispiel der Schutz der Familie und der traditionellen Werte zählen.
08.07.2020	Der stellvertretende Außenminister Szymon Szykowski vel Sęk teilt mit, dass am selben Tag der Chargé d’Affaires Deutschlands ins polnische Außenministerium einbestellt wurde, um gegen eine Reihe von Artikeln in der deutschen Medienberichterstattung über die polnischen Präsidentenwahlen zu protestieren. Diese seien manipulativ und verlogen und es entstehe der Eindruck, dass sie auf die demokratischen Wahlen in Polen Einfluss nehmen wollen. Der deutsche Diplomat habe auf die Pressefreiheit verwiesen und darauf, dass die deutsche Regierung keinen Einfluss auf die Veröffentlichungen habe.
10.07.2020	In einer Ansprache fordert Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) die Mitbürger auf, am zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen teilzunehmen. Es handele sich um eine historische Wahl, die darüber entscheidet, ob Polen in den kommenden Jahren frei, offen, solidarisch, ohne Spaltungen und Hass und stark in der EU sei oder ob ein anderer Weg verfolgt wird. Freiheit, Demokratie und Souveränität seien nicht auf ewig gegeben. Weiter unterstreicht Grodzki, dass der Präsident nicht nur mit der Regierung und dem Parlament zusammenarbeiten, sondern auch nach Ausgleich streben und andere zum gemeinsamen Handeln anregen müsse. Bei der Stichwahl treten der Amtsinhaber Andrzej Duda, Kandidat der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), und der Stadtpräsident von Warschau, Rafał Trzaskowski (PO), gegeneinander an.
12.07.2020	In Polen findet der zweite Wahlgang der Präsidentenwahlen statt. Zur Wahl stehen der amtierende Präsident Andrzej Duda, der Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nahe steht, und Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, aus der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO).

13.07.2020	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) gibt das amtliche Endergebnis der Präsidentenwahl am Vortag bekannt. In der Stichwahl erhielt der amtierende Präsident Andrzej Duda 51,03 % und der Stadtpräsident von Warschau, Rafał Trzaskowski, 48,97 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 68,18 %.
14.07.2020	Nach der Zustimmung der Europäischen Kommission zur Übernahme des polnischen Mineralölkonzerns Lotos durch den polnischen Mineralölkonzern PKN Orlen sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, die Fusion biete die Chance auf eine Vorrangstellung in Europa und den Ausbau des internationalen Potentials als Multienergiekonzern. Angestrebt wird außerdem die Übernahme des polnischen Energiekonzerns PGNiG.
15.07.2020	Im Sejm findet die erste Lesung einer Gesetzesinitiative von Präsident Andrzej Duda statt, die einmalige Geldzahlungen für diejenigen Polen vorsieht, die zwischen 1939 und 1956 in die UdSSR deportiert wurden. Pro Monat sollen den Betroffenen 200 Zloty gezahlt werden und mindestens 2.400 Zloty. Schätzungen zufolge betrifft das Gesetz ca. 22.000 Personen und beläuft sich auf Kosten in Höhe von ca. 290 Mio. Zloty. Alle Parteien sprechen sich für das Gesetz aus.
17.07.2020	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet die Novelle des Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), mit der eingeführt wird, dass sogenannte kommunistische Straftaten (Repressionen, Verstöße gegen die Menschenrechte) aus der Zeit der Volksrepublik Polen nicht verjähren. Das Gesetz tritt am 31. Juli 2020 in Kraft.
19.07.2020	In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« sagt Außenminister Jacek Czaputowicz, er habe vor einigen Monaten mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vereinbart, dass er sein Amt als Außenminister bis zu den Präsidentenwahlen (Juli 2020) ausüben wird.
20.07.2020	Im Rahmen eines Treffens von Justizminister Zbigniew Ziobro und seiner ungarischen Amtskollegin Judith Varga in Warschau wird eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem polnischen Rechtsinstitut (Instytut Wymiaru Sprawiedliwości) und dem ungarischen Ferenc Mádl Institut für Vergleichendes Recht unterzeichnet. Die wissenschaftlichen Untersuchungen sollen sich u. a. mit den europäischen Werten aus ostmitteleuropäischer Perspektive und der Zukunft der europäischen Integration befassen, so die Mitteilung des polnischen Justizministeriums. Bei dem Treffen wurden außerdem Pläne besprochen, ein Visegrád-Forschungsnetzwerk und ein Visegrád-Institut für Vergleichendes Recht einzurichten. Deren Forschungsprojekte sollen eine Wissensbasis zur europäischen Rechtsordnung und europäischen Integration bereitstellen und zur Entwicklung einer ostmitteleuropäischen rechtswissenschaftlichen <i>community</i> beitragen. Dies werde ermöglichen, die Perspektive Ostmitteleuropas in die Expertendebatten einzuführen.
21.07.2020	Nach dem EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs, auf dem der mehrjährige EU-Finanzrahmen (2021–2027) und die Nothilfen zur Bewältigung der Corona-Pandemie (insgesamt 1,7 Bio. Euro) ausgehandelt wurden, sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki angesichts des Verhandlungserfolgs für Polen, dass sich Polen in der EU von einer beratenden Stimme zu einer mitentscheidenden Stimme entwickelt habe. Die für Polen ausgehandelte Summe (ca. 173 Mrd. Euro) ermögliche, die Länder einzuholen, die außer Reichweite zu liegen schienen.
22.07.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellt im Sejm die Ergebnisse des EU-Sondergipfels vom 17. bis 21. Juli 2020 vor, auf dem die europäischen Staats- und Regierungschefs einen Kompromiss über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–2027) und die Nothilfen zur Bewältigung der Corona-Pandemie (insgesamt 1,7 Bio. Euro) erzielt haben. Polen erhält 139 Mrd. Euro als Zuschüsse und 34 Mrd. Euro in Form von Krediten.
23.07.2020	Außenminister Jacek Czaputowicz trifft sich in Warschau mit seinem slowenischen Amtskollegen, Anže Logar. Thematisiert werden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit auf nationaler und auf europäischer Ebene. Beide sprechen sich für den schnellstmöglichen Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aus.
24.07.2020	Justizminister Zbigniew Ziobro spricht sich abermals dagegen aus, die Auszahlung von EU-Geldern mit der Frage der Rechtsstaatlichkeit zu verbinden, wie es das Abschlussdokument des EU-Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs vom 17. bis 21. Juli 2020 in Aussicht stellt. Ein solches Verfahren widerspreche der europäischen Rechtsstaatlichkeit, den europäischen Verträgen, der polnischen Verfassung und sei in seinem Wesen rechtswidrig.
24.07.2020	Das Gesetz über die Einmalzahlung für Polen, die zwischen 1939 und 1956 in die Sowjetunion deportiert wurden (200 Zloty pro Monat, mindestens 2.400 Zloty), wird mit 400 Ja Stimmen und drei Enthaltungen im Sejm verabschiedet.

27.07.2020	Justizminister Zbigniew Ziobro teilt mit, dass sein Ressort den Antrag an das Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik gestellt hat, den Austritt aus der sogenannten Istanbul-Konvention (»Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«) vorzubereiten. In der Konvention befänden sich ideologisch motivierte Inhalte, denen sein Ministerium nicht zustimme. Polen würde außerdem alle Punkte zum Schutz von Frauen vor Gewalt ohnehin erfüllen, teilweise sogar umfassender als in der Konvention festgelegt.
27.07.2020	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates zeigt sich in einem Kommuniqué ernsthaft beunruhigt über die Pläne der polnischen Regierung, die sogenannte Istanbul-Konvention (»Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«) aufzukündigen, und bedauert, dass die Regierung Desinformation über die Ziele und Absichten der Konvention betreibe. Die Parlamentarische Versammlung ruft den Sejm und den Senat in Polen zu einer Debatte über die Konvention auf.
27.07.2020	Außenminister Jacek Czaputowicz empfängt den Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba. Thematisiert werden die Sicherheitslage im von Russland annektierten Donbass-Gebiet (Ostukraine) und die Zusammenarbeit der Ukraine mit der Nato als assoziiertes Mitglied. Polen unterstütze nach wie vor die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Weiter befürworte Polen den Dialog mit der Ukraine auch über schwierige Themen der polnisch-ukrainischen Geschichte und deren Erforschung, so Czaputowicz.
28.07.2020	In Lublin verabschieden Außenminister Jacek Czaputowicz und seine Amtskollegen aus Litauen und der Ukraine, Linas Linkevičius und Dmytro Kuleba, eine gemeinsame Erklärung zur Gründung des »Lubliner Dreiecks«, dessen Ziel verstärkter Austausch und Zusammenarbeit der drei Staaten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Sicherheit, Infrastruktur und Kultur ist. Darin sprechen sie sich auch für die territoriale Integrität der Ukraine aus und fordern Russland auf, seine Besetzung ukrainischer Gebiete aufzugeben; außerdem befürworten sie den europäischen und euroatlantischen Weg der Ukraine.
29.07.2020	Justizminister Zbigniew Ziobro fordert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki auf, bei der Europäischen Kommission gegen die Entscheidung zu intervenieren, dass die Anträge sechs polnischer Städte auf EU-Fördermittel für Städtepartnerschaften nicht genehmigt wurden. Die Entscheidung diskriminiere die polnischen Bürger und Selbstverwaltungseinheiten und sei nicht rechtmäßig, so Ziobro. Der Hintergrund der Entscheidung der Europäischen Kommission ist, dass sich die sechs Städte zu LGBT-ideologiefreien-Zonen erklärt haben.
30.07.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt die Entscheidung bekannt, vom Verfassungstribunal überprüfen zu lassen, ob die sogenannte Istanbul-Konvention (»Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«) mit der polnischen Verfassung vereinbar ist. Mit seiner Entscheidung reagiere er auf Befürchtungen, dass die Konvention gegen die polnische Rechtsordnung verstoße, ideologisch motiviert sei, die Ursachen der Gewalt gegen Frauen nicht angemessen definiere und keine wirksamen Mittel zur Bekämpfung häuslicher Gewalt bereitstelle. Polen hat die Istanbul-Konvention im Jahr 2015 ratifiziert.
30.07.2020	EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen schreibt im Nachrichtendienst »Twitter«, sie werde sich weiter für eine »Union der Gleichberechtigung« einsetzen. Ihre Sprecherin sagt, dass von der Leyen damit auf Kritik des polnischen Justizministers Zbigniew Ziobro reagiert. Dieser hatte die Entscheidung der EU-Kommission als illegal bezeichnet, sechs Anträge zur Förderung von Städtepartnerschaften abzulehnen, weil sich die betreffenden Städte in Polen zu LGBT-ideologiefreien-Zonen erklärt haben.
31.07.2020	In einem Gespräch mit dem US-amerikanischen Think Tank Atlantic Council sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Polen spreche sich dafür aus, dass der Abzug US-amerikanischer Truppen aus Deutschland, den US-Präsident Donald Trump in diesen Tagen angekündigt hat, im Konsens mit der Nato durchgeführt wird. Bereits seit 2019 stellt Trump eine Truppenverlegung nach Polen in Aussicht. Morawiecki sagt, Polen sei sowohl sehr proeuropäisch als auch sehr proamerikanisch, weshalb ihm eine Schlüsselbedeutung für die Verbindung zwischen Europa und den USA zukommt.
31.07.2020	Szymon Hołownia, der im ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen Platz 3 erreichte, gibt in Warschau die Gründung der Bewegung »Polen 2050« (Polska 2050) bekannt. Deren Ziel sei es, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht parteipolitischen Interessen. »Polen 2050« werde lokale Strukturen aufbauen sowie einen Think Tank. Dessen Leitung übernimmt Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, die Koordination der lokalen Initiativen hat Agnieszka Buczyńska inne.
01.08.2020	In Warschau finden an verschiedenen Orten Gedenkveranstaltungen zum Beginn des Warschauer Aufstands gegen die deutsche Besatzung vor 76 Jahren statt, an denen Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, weitere Regierungs- und Parlamentsangehörige und Zeitzeugen teilnehmen.

03.08.2020	Das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) urteilt, dass die Präsidentenwahl vom 12. Juli (zweiter Wahlgang) gültig ist. Das Gericht hat ca. 6.000 Eingaben geprüft. In 92 Fällen hat es die Einwände als ganz oder teilweise berechtigt bewertet, allerdings habe hier keine Einflussnahme auf das Wahlergebnis vorgelegen.
04.08.2020	Der Fraktionssprecher der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Jan Grabiec, kritisiert, dass sich das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) in seinem Urteil vom Vortag nicht ausreichend mit den Protesten gegen die Wahl von Andrzej Duda am 12. Juli befasst habe. Dies schwäche das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in Polen und führe dazu, dass viele Menschen die Wahl Dudas in Zweifel ziehen. Grabiec weist darauf hin, dass die beiden zuständigen Kammern des SN vom Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownicтва – KRS) berufen wurden, der nur von Politikern des Regierungslagers bestimmt werde.
06.08.2020	Der wiedergewählte Präsident Andrzej Duda wird in seine zweite Amtszeit eingeführt. Außer der Zeremonie des Amtseids wird in der Johanneskathedrale in Warschau eine Messe für das Vaterland und den Präsidenten der Republik Polen gefeiert. In seiner Rede vor der Nationalversammlung betont Duda, das Wichtigste seien für ihn die polnischen Angelegenheiten, die die gesamte Nation betreffen, an erster Stelle die Familie, gefolgt von Sicherheit, Arbeit, Investitionen und Würde. Politiker der Opposition, ehemalige Präsidenten und Minister haben teilweise ihre Teilnahme an der Vereidigung abgesagt.
06.08.2020	Die von der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) einberufene parlamentarische Gruppe zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentenwahlen trifft sich zu ihrer ersten, organisatorischen Sitzung. Ihre Vorwürfe und Kritik an den Wahlen beziehen sich darauf, dass diese nicht gleich und allgemein gewesen seien, Probleme bei der Stimmabgabe in den diplomatischen Vertretungen im Ausland aufgetreten seien und sich staatliche Institutionen für die Wiederwahl von Präsident Andrzej Duda eingesetzt hätten.
07.08.2020	In einer gemeinsamen Erklärung zeigen sich die Außenminister des »Weimarer Dreiecks« (Deutschland, Frankreich, Polen), Heiko Maas, Jean-Yves Le Drian und Jacek Czaputowicz, besorgt darüber, dass Belarus keine internationalen Wahlbeobachter zur Präsidentenwahl in zwei Tagen zulässt, und rufen die belarussische Führung auf, freie und gerechte Präsidentenwahlen durchzuführen und den Willen der belarussischen Bevölkerung zu achten.
08.08.2020	Die EU-Kommissarin für Menschenrechte, Dunja Mijatović, ruft im Nachrichtendienst »Twitter« dazu auf, den am Vorabend im Zentrum von Warschau festgenommenen LGBT-Aktivisten Michał Sz. alias Margot freizulassen. Die in Aussicht gestellte zweimonatige Haft sei ein Schlag gegen die Redefreiheit und die Rechte der LGBT-Bewegung in Polen. Im Zusammenhang mit der Festnahme aufgrund des Vorwurfes einer Straftat am 27. Juni durch Margot kam es am Vorabend auch zu Zusammenstößen mit der Polizei und zur Festnahme von 48 Personen.
09.08.2020	Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro verteidigt, adressiert an die EU-Menschenrechtskommissarin, Dunja Mijatović, im Nachrichtendienst »Twitter« die Festnahme des LGBT-Aktivisten Michał Sz. alias Margot vor zwei Tagen. Sie gründe auf dem Vorwurf, am 27. Juni eine Person verletzt und Sachbeschädigungen vorgenommen zu haben.
10.08.2020	In einer Stellungnahme äußert sich das Außenministerium tief beunruhigt über die Situation in Belarus, wo es nach der Präsidentenwahl am Vortag zu Protesten kam, die gewaltsam niedergeschlagen wurden. Polen appelliert an die belarussische Führung, Handlungen einzustellen, die zur Eskalation der Lage führen, und die grundlegenden Menschenrechte zu respektieren.
10.08.2020	In einer Stellungnahme des »Lubliner Dreiecks« (Litauen, Polen, Ukraine) zeigen sich die Außenminister Linas Linkevičius, Jacek Czaputowicz und Dmytro Kuleba tief besorgt über die Eskalation der Lage nach der Präsidentenwahl in Belarus am Vortag und den darauf folgenden Protesten und deren Niederschlagung. Sie rufen die belarussische Führung auf, die Gewaltanwendung gegenüber den Demonstranten einzustellen und die grundlegenden Freiheits- und Menschenrechte zu achten. Die Situation in Belarus könne nur durch einen Dialog gelöst werden und die Länder des »Lubliner Dreiecks« seien bereit, einen solchen Dialog zu unterstützen.
11.08.2020	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak besucht in Drawsko Pomorskie eine Übung polnischer und US-amerikanischer Militäreinheiten im Rahmen der Übung Defender Europe 20 der US-Armee, bei der es um die Verlegung größerer Truppenteile der US-Armee über den Atlantik nach Europa geht.
12.08.2020	Nach einem Telefonat mit den Präsidenten Polens und Lettlands, Andrzej Duda und Egils Levits, teilt der Präsident Litauens, Gitanas Nausėda, mit, dass die drei Länder bereit seien, bei der Entschärfung der Lage in Belarus Unterstützung zu leisten, indem sie sich als Vermittler zwischen der belarussischen Regierung und der protestierenden Bevölkerung anbieten. Voraussetzung sei, dass die Gewalt gegenüber den Protestierenden eingestellt wird und die Inhaftierten freigelassen werden. In Belarus kommt es seit der Präsidentenwahl am 9. August zu Massenprotesten, die gewaltsam niedergeschlagen werden.

13.08.2020	In einem gemeinsamen Appell rufen die Präsidenten Estlands, Lettlands, Litauens und Polens die belarussische Führung auf, die Gewalt gegen die Bevölkerung sofort einzustellen und die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte zu respektieren, die Inhaftierten der aktuellen politischen Proteste freizulassen und den Dialog mit der Bevölkerung über Reformen und die Zukunft Belarus' aufzunehmen. Hintergrund sind die Massenproteste gegen die mutmaßlich gefälschte Wiederwahl des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko am 9. August.
13.08.2020	Der stellvertretende Innenminister Maciej Wąsik informiert den Senat über die Vorfälle vom 7. August im Zentrum von Warschau, wo es zu Zusammenstößen von Vertretern der LGBT-Bewegung und der Polizei und zu Verhaftungen von 48 Personen kam. Am 9. August hat die Polizei bekannt gegeben, dass diese wieder auf freiem Fuß sind. Der Auslöser für die Zusammenstöße war eine Gerichtsentscheidung über die vorläufige Festnahme eines LGBT-Aktivistin (Michał Sz. alias Margot) wegen einer Straftat am 27. Juni. Die Senatoren der Opposition fragen insbesondere nach der Behandlung der Inhaftierten und nach mutmaßlichen Verhaftungen von Unbeteiligten.
14.08.2020	Vor dem Hintergrund der Massenproteste in Belarus infolge der Präsidentenwahl dort stellt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im Sejm den Plan der Regierung für einen Solidarpakt mit Belarus vor, der mit 50 Mio. Zloty im ersten Jahr Unterstützung für Opfer politischer Repressionen in Belarus sowie unabhängige belarussische Medien und NGOs finanzieren soll. Auch ein Stipendienprogramm für belarussische Studierende und Wissenschaftler, die in Belarus von der Universität ausgeschlossen wurden, und die Übernahme von Visakosten bei der Einreise nach Polen sollen aus dem Solidarpakt bestritten werden. Morawiecki sagt, Polen könne das zweite Zuhause der in Belarus Verfolgten und Geschädigten werden. Er ruft die belarussische Regierung auf, gerechte und ehrliche Neuwahlen mit Wahlbeobachtern durchzuführen. Den EU-Partnern habe er eine Sondersitzung des Europäischen Rates vorgeschlagen, um ein solidarisches Vorgehen der EU abzustimmen.
14.08.2020	Der Sejm verabschiedet mit 386 Stimmen (33 Gegenstimmen, 15 Enthaltungen) Änderungen für die Diäten der Parlamentarier sowie für die Gehälter hoher Staatsämter (Präsident, Ministerpräsident, Minister) und für Funktionen auf der Ebene der Selbstverwaltung (Woiwoden, Woiwodschaftsmarschälle). Die Gehälter sollen sich nun an denen der Richter des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) orientieren und nicht mehr jährlich im Haushaltsgesetz festgelegt werden. Auch die Ehefrau des Präsidenten soll ein Gehalt bekommen. Für die Änderungen stimmen auch Abgeordnete der Oppositionsparteien.
15.08.2020	In Warschau unterzeichnen Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak und US-Außenminister Michael Pompeo einen Vertrag über die verstärkte Verteidigungszusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Diesem sind zwei Vereinbarungen vorangegangen, die Präsident Andrzej Duda und US-Präsident Donald Trump im Juni bzw. September 2019 unterzeichnet haben. Der Vertrag umfasst die Verlegung von 1.000 US-amerikanischen Soldaten nach Polen und die Einrichtung des US-Kommandos für die Nato-Ostflanke in Polen.
17.08.2020	Senatsmarschall Borys Budka (Plattform Obywatelska – PO) appelliert an die Fraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) im Senat, das am 14. August im Sejm auch mit Stimmen der KO beschlossene Gesetz zur Änderung der Abgeordnetendiäten und der Gehälter weiterer hoher staatlicher Funktionen abzulehnen. Der Senat lehnt das Gesetz mit 48 zu 45 Stimmen ab.
17.08.2020	Der stellvertretende Gesundheitsminister Janusz Cieszyński tritt zurück.
18.08.2020	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski tritt zurück. Dies habe er mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki konsultiert. Er habe seine Entscheidung ursprünglich für den Jahresanfang vorgesehen, sie aber aufgrund der eintretenden Corona-Pandemie nicht umgesetzt. Seine Gründe seien persönlicher Art, u. a. wolle er wieder in seinem Beruf als Mediziner tätig sein. Bei der Opposition stand Szumowski wegen Vorwürfen des Missmanagements in der Corona-Krise in der Kritik.
19.08.2020	Mit Blick auf die in Aussicht stehende Regierungsumbildung in den kommenden Monaten spricht sich Entwicklungsminister Jadwiga Emilewicz dafür aus, dass Zbigniew Ziobro weiter Justizminister bleibt.
20.08.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt bekannt, dass der Ökonom Adam Niedzielski, Direktor des Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ), neuer Gesundheitsminister wird. Łukasz Szumowski, der bisher das Amt ausgeübt hat, trat am 18. August 2020 zurück. Szumowski gibt an, wieder in seinen Beruf als Mediziner zurückzukehren, er bleibe aber Abgeordneter des Sejms.
20.08.2020	Außenminister Jacek Czaputowicz tritt zurück. Sein Nachfolger wird Zbigniew Rau, ehemaliger Woiwode der Woiwodschaft Lodz (województwo łódzkie). In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« im Juli sagte Czaputowicz, er habe mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vereinbart, dass er sein Amt bis zu den Präsidentenwahlen (Juni und Juli) ausüben wird.

20.08.2020	Grzegorz Wierchowski, Leiter der Bildungsbehörde der Woiwodschaft Lodz (województwo łódzkie), äußert sich in einem Interview mit dem national-katholischen TV-Sender »Trwam« über LGBT als Virus, das zur Entmenschlichung der Gesellschaft und der Jugend führe und das vermittele, dass es keine Prinzipien und Werte gebe.
21.08.2020	In einem Brief an Bildungsminister Dariusz Piontkowski fordert Tomasz Trela, Vizevorsitzender der Fraktion Die Linke (Lewica), die Entlassung von Grzegorz Wierchowski, den Leiter der Bildungsbehörde der Woiwodschaft Lodz (województwo łódzkie). Trela führt Aussagen von Wierchowski in einem Interview mit dem national-katholischen TV-Sender »Trwam« am Vortag an, in dem dieser von einem LGBT-Virus sprach, das die Gesellschaft und die jungen Menschen entmenschliche und dessen wichtigster Wert es sei zu zeigen, dass es keine Prinzipien und Werte gebe. Da Wierchowski die Oberaufsicht über das Schulwesen habe, bedeute das, dass in den Schulen der Woiwodschaft Lodz Homophobie, Intoleranz und Diskriminierung gelehrt werden, so Trela.
22.08.2020	Der Leiter der Präsidialkanzlei, Krzysztof Szczerski, sagt, Polen weise Anspielungen der belarussischen Regierungspropaganda zurück, dass Polen die territoriale Integrität von Belarus verletzen wolle. Er bezieht sich auf Aussagen des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vom selben Tag in Grodno (Belarus), der gesagt haben soll, dass es an der Westgrenze unruhig sei und sich jemand an seine Ostgebiete (<i>kresy</i>) erinnere. Szczerski betont, dass Polen sich zur Souveränität und territorialen Integrität von Staaten bekennt und nicht beabsichtigt, diese zu verletzen. In Belarus protestieren weite Teile der Bevölkerung seit zwei Wochen gegen das offizielle Wahlergebnis der Präsidentenwahlen. Polen hat seine Vermittlung in dem Konflikt angeboten sowie Hilfe für die oppositionelle Zivilgesellschaft.
23.08.2020	Grzegorz Wierchowski, Leiter der Bildungsbehörde der Woiwodschaft Lodz (województwo łódzkie), gibt in den sozialen Medien seine Entlassung bekannt. Woiwode Tobiasz Bocheński teilt auf »Twitter« mit, dass die Entlassung nicht auf die Interviewaussagen Wierchowskis über LGBT zurückzuführen ist, sondern auf einer Bewertung der Lage im Schulwesen in der Woiwodschaft Lodz gründet. Bocheński habe bereits in der vergangenen Woche einen Antrag auf Entlassung Wierchowskis gestellt. Vor drei Tagen sagte Wierchowski im national-katholischen TV-Sender »Trwam«, LGBT sei ein Virus, der zur Entmenschlichung der Gesellschaft und der Jugend führe und vermittele, dass es keine Prinzipien und Werte gebe. Der Koalitionspartner in der Regierung, Solidarisches Polen (Solidarna Polska), fordert Aufklärung über die Gründe der Entlassung. Die Wähler seien verunsichert, da diese in der Medienberichterstattung mit den Interviewaussagen Wierchowskis in Verbindung gebracht wird.
26.08.2020	Auf der Pressekonferenz nach dem Treffen des Regierungslagers mit der Opposition zur Situation in Belarus teilt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit, dass Polen einige Dutzend Menschen aus Belarus aufgenommen hat, die vom belarussischen Regime schwer geschädigt worden seien. Es gebe in Belarus Folter. Er habe das Gesundheitsministerium aufgefordert, Krankenhausbetten bereitzuhalten, um Personen aus Belarus zu versorgen. Morawiecki bekräftigt, dass Polen Opfer von Repressionen in Belarus unterstützen werde sowie belarussische Studierende, die in Polen studieren wollen, weiter sollen die Einreise- und Visaverfahren erleichtert werden. Polen werde 50 Mio. Zloty zur Unterstützung der unabhängigen Medien und Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung stellen. Robert Tyszkiewicz (Koalicja Obywatelska – KO/Bürgerkoalition), Vorsitzender der Parlamentarischen Belarus-Gruppe, sagt, die Krise in Belarus sei eine Chance, dass Polen zur Rolle des Experten für Osteuropa zurückkehrt. Polens Aufgabe sei es, der Anwalt des freien, demokratischen Belarus auf europäischer Bühne zu sein. Notwendig sei die Einrichtung eines humanitären Korridors zwischen Polen und Belarus, um Opfer in Polen aufnehmen und Hilfe schicken zu können. In Belarus dauern seit der Präsidentenwahl am 9. August Proteste gegen den angeblichen Wahlsieger Alexander Lukaschenko an.
26.08.2020	Zbigniew Rau wird als Außenminister vereidigt. Sein Vorgänger, Jacek Czaputowicz, trat vergangene Woche zurück.
26.08.2020	Adam Niedzielski wird als Gesundheitsminister vereidigt. Sein Vorgänger, Łukasz Szumowski, trat in der vergangenen Woche zurück.
27.08.2020	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz teilt mit, dass der Botschafter von Belarus einbestellt worden sei. Hintergrund ist eine Äußerung des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vom selben Tag. Dieser habe gesagt, es gebe Verlautbarungen, dass Polen der Bezirk Grodno zufallen werde, sollte Belarus auseinanderbrechen. Przydacz weist die Äußerung scharf zurück und betont, dass in Polen keine Debatten über Grenzverschiebungen geführt würden und das Militär nicht mobilisiert worden sei. Lukaschenkos Äußerung habe zum Ziel, die belarussische Gesellschaft einzuschüchtern. Er betont, dass Polen keine feindlichen Absichten gegenüber Belarus hege.

28.08.2020	In Tschenstochau (Częstochowa) findet die Hauptversammlung des Polnischen Episkopats statt. In einer Stellungnahme lehnt die katholische Kirche die Erweiterung des Ehe- und Familienbegriffes, die Angleichung der Rechte einer hetero- und einer homosexuellen Ehe, die Anerkennung homosexueller Partnerschaften und das Recht, ab dem 16. Lebensjahr sein Geschlecht selbst zu bestimmen, ab. Die Pflicht zum Respekt gegenüber Menschen, die zur LGBT-Bewegung gehören, bedeute nicht die unkritische Akzeptanz ihrer Einstellungen, heißt es in dem Dokument.
29.08.2020	Szymon Hołownia, unterlegener Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang, eröffnet in Warschau das erste Treffen seiner Bewegung »Polen 2050« (Polska 2050). Auf dem zweitägigen Treffen sollen die Regionalvertreter gewählt und organisatorische und programmatische Fragen diskutiert werden.
31.08.2020	In Danzig (Gdańsk) finden die Hauptfeierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des »August-Abkommens« statt, das das Ergebnis von Verhandlungen zwischen streikenden Arbeitern und Vertretern des kommunistischen Systems war. Dies ging mit der Entstehung der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność einher. An der von der Stadt Danzig und dem Europäischen Solidarność Zentrum (Europejskie Centrum Solidarności) ausgerichteten Veranstaltung nimmt u. a. der damalige Arbeiterführer und spätere Präsident Polens, Lech Wałęsa, teil. Auf der von der Regierung und der Gewerkschaft Solidarność organisierten Feier sind Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki anwesend. In ihrem jüngsten Podcast erinnert Bundeskanzlerin Angela Merkel daran, dass der Freiheitswille der Polinnen und Polen andere mittel- und osteuropäische Gesellschaften mitgerissen und zum Fall der Berliner Mauer 1989 beigetragen hat.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

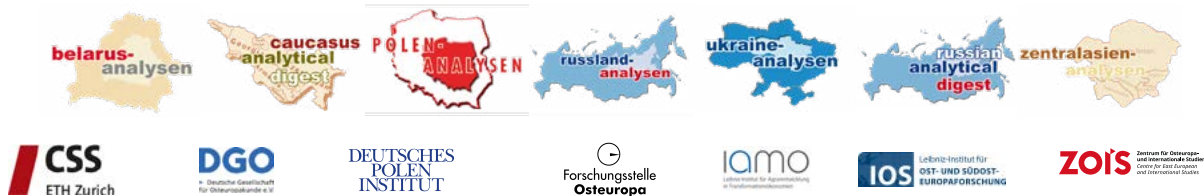
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.